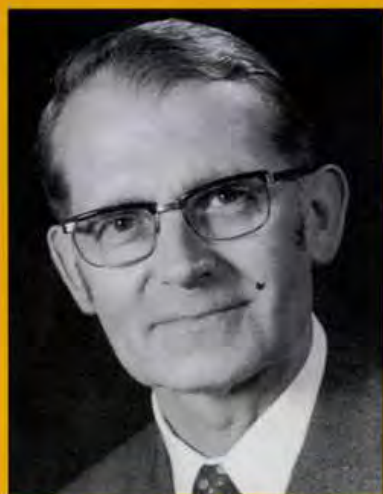
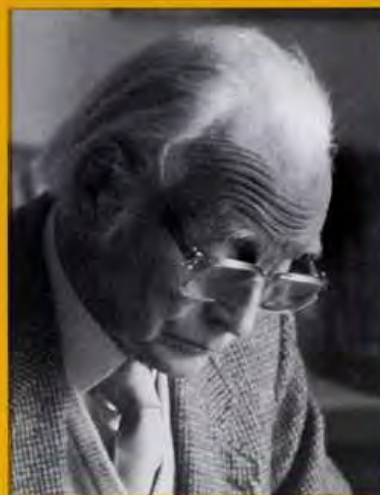


DER AUFBAU

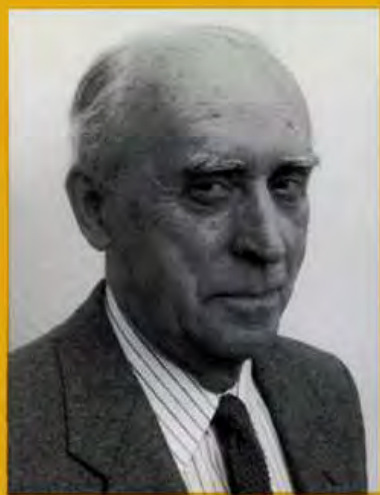
BÜRGER UND STADT



1945 - 1982
Gerhard Iversen



Prof. Dr.-Ing. E. h.
Wilhelm Wortmann



1983 - 1989
Dr. Ing. Franz Rosenberg



1989
Hans Budde



50 JAHRE AUFBAUGEMEINSCHAFT BREMEN

L49J

50. JAHRGANG • HEFT 2 • BREMEN • DEZEMBER 1995

Neue Bausparförderung.

**Kommen Sie zur
Sonderberatung
bei LBS
und Sparkasse.**

Sonderberatung
zur neuen Bau-
sparförderung:
Wir informieren
Sie über die
neuen Prämien
und die höheren
Einkommens-
grenzen.
Außerdem über
die neue
Wohneigentums-
förderung mit
Eigenheimzulage
und erhöhter Kin-
derzulage.

LBS, Sparkasse,
ÖVB:
Unternehmen der
Finanzgruppe.

**Wir geben
Ihrer Zukunft
ein Zuhause.**



Jürgen TIEWS Kältetechnik

Meisterfachbetrieb

28357 Bremen · ☎ (04 21) 27 54 08 · Fax (04 21) 27 43 20



VDKF

**Anerkannter
Kälte- und Klima-Fachbetrieb**

INHALTSVERZEICHNIS

Wilhelm Wortmann gestorben..... 1

Stadt Lesummünde verhindert -
Wilhelm Wortmann gestorben -
1939 den Anschluß an Bremen-
Stadt durchgesetzt
Gerhard Schmolze, Bremen..... 2

50 Jahre Aufbaugemeinschaft Bremen

Mitgliederversammlung am
15. November 1995..... 3

Jahresbericht des
Vorsitzenden Hans Budde,
Architekt BDA, Bremen..... 3

Grußworte

Dr. Dirk Plump, Vizepräses der
Handelskammer Bremen..... 5

Hans Budde
Vorsitzender der Aufbaugemein-
schaft Bremen..... 6

Festvortrag
„Sanierung und Wachstumsziele
für die Freie Hansestadt Bremen“
Ulrich Nölle, Bürgermeister der
Freien Hansestadt Bremen..... 8

Bremen im Umbruch

Der Wall - eine feine Adresse
Gundel Große Halbuer,
Architektin, Bremen..... 15

Neubau der Bremer Landesbank -
Impulse für die Bremer Innenstadt
Ewald Brune, Dipl.-Ing.,
Architekt BDA, Bremen..... 18

Umbau- und Neubau
Deutsche Bank Bremen
Architekten BDA Dipl.-Ing.
Haslob - Hartlich + Partner,
Bremen..... 20

Das Bremer Dom-Museum
Hans Henry Lamotte, Bremen..... 23

Fortsetzung der Reihe Bremische Ortsämter:

Woltmershausen im Spiegel der
Geschichte
Klaus-Peter Fischer,
Ortsamtsleiter..... 25

Bremen und seine niedersächsischen Nachbarn

Gemeinde Lemwerder
Unterwesergemeinde vor den
Toren Bremens
Jürgen Werder, Gemeindedirektor 28

Wilhelm Wortmann gestorben

Vor bald hundert Jahren ist Wilhelm Wortmann am 15. März 1897 in Bremen geboren und im Dobbenviertel in der Bohnenstraße aufgewachsen. Nach dem Abitur in dem eben erbauten Neuen Gymnasium an der Parkallee begann er das Studium der Architektur an der Technischen Hochschule München, mußte dann als Soldat am 1. Weltkrieg teilnehmen, wo er verwundet wurde. 1920 setzte er sein Studium in Dresden fort und war zuerst am Stadtplanungsamt in Halle tätig.

Der prominente Oberbaudirektor Prof. Dr. Fritz Schumacher (ein Bremer) holte ihn nach Hamburg und vermittelte ihn bald danach zum Stadtplanungsamt Bremen in Zusammenhang mit der von Schumacher und Prof. Dr. Blum (T. H. Hannover) von 1926 bis 1930 im Auftrag des Senats erarbeiteten Denkschrift „Stadt- und Landesplanung Bremen“, zu der Wortmann die Kapitel „Innenstadt“ und „Wohnungswesen“ beitrug. Wesentlich hat er beim Bremer Staatsvertrag mit Preußen mitgewirkt, der die Häfen in Bremerhaven sicherte und Gebietserweiterungen in Bremen-Nord und mit Hemelingen, Arbergen und Mahndorf brachte.

1945 eröffnete Wortmann mit seinem Kollegen Schott ein Architekturbüro. In der von Gerhard Iversen gegründeten heute 50-jährigen Aufbaugemeinschaft Bremen war er der technische Leiter. Von ihm gingen wesentliche Impulse für den Wiederaufbau seiner Vaterstadt aus.

1956 wurde er als Professor für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung an die Technische Hochschule Hannover berufen. Dort hat er seinem Fachgebiet einen guten Ruf verschafft, doch ging sein Wirken weit darüber hinaus - so z.B. die Planung für das Rhein-Neckar- und das Rhein-Main-Gebiet. Nicht nur in der BRD, sondern auch im Ausland war er zu einem gefragten Fachmann geworden. Bis in sein hohes Alter war er körperlich und vor allem geistig frisch. Das belegt u. a. das 1990 für die Handelskammer Bremen erarbeitete Verkehrskonzept. Seine Liebe und



Prof. Wilhelm Wortmann

Leidenschaft galt stets seiner Heimatstadt Bremen, auch als er die letzten fast vierzig Jahre seines Lebens in Hannover wohnte. Täglich las er die Bremer Zeitungen, pflegte bis zuletzt Kontakte zu Bremer Persönlichkeiten und hat - solange er noch schreiben konnte - sein herausragendes fachliches Wissen für Bremer Beiträge eingesetzt.

Wegen seiner besonderen Leistungen wurden ihm viele Ehrungen zuteil, so das Große Bundesverdienstkreuz, der Ehrendoktor der TH Aachen, die Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft und die Silberne Verdienstmedaille der Handelskammer Bremen.

Wortmann war ein hervorragender Kenner der bremischen Geschichte und

verstand es, aus der Vergangenheit die Gegenwart zu analysieren und daraus Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Er hatte die Gabe, in Vorträgen sein Anliegen oft ohne Manuskript in bildhafter Rede bei klarer verständlicher Sprache darzustellen. Es war ein Genuß, ihm zuzuhören.

Wilhelm Wortmann ist am 26. Oktober 1995 in Hannover gestorben. Er war einer der letzten Pioniere der Stadt- und Landesplanung, die als neuer Wissenschaftszweig um die Jahrhundertwende entstanden ist.

Die Aufbaugemeinschaft verliert mit ihm einen großen Förderer ihrer Arbeit und das letzte Gründungsmitglied.

WILHELM GROTKOP

BAUNTERNEHMEN FÜR STAHLBETON-, HOCH- UND TIEFBAU

Delbrückstraße 15 · 28209 Bremen

Telefon 34 80 43 / 44



Stadt Lesummünde verhindert

Wilhelm Wortmann gestorben / 1939 den Anschluß an Bremen-Stadt durchgesetzt

Gerhard Schmolze

Der Sängerbund Lesummünde und ein Hundesportverein gleichen Namens halten heute noch die Erinnerung an eine Stadt wach, die einmal ernsthaft geplant war, die aber nie entstand. Ein Planungsbüro in Blumenthal arbeitete seit 1935 an dem Entwurf einer „preußischen“ Stadt an Lesum und Weser; Lesummünde.

Die Gemeinden Blumenthal, Aumund und Schönebeck sollten sich mit dem bremischen Vegesack zu dieser neuen Stadt zusammenschließen. Lesummünde mit 50.000 Einwohnern und 21.000 Arbeitsplätzen war als ein „Altona“ am Rande von Bremen konzipiert, orientiert an der Struktur dieser preußischen Stadt im Norden Hamburgs. Das bremische Vegesack sollte den Verwaltungsmittelpunkt bilden. Man hoffte, es im Tausch gegen Hemelingen für die Provinz Hannover erwerben zu können.

Wilhelm Wortmann, von dem eine große Trauergemeinde auf dem Riensberger Friedhof Abschied nahm, stellte sich diesem Projekt mit Entschiedenheit entgegen. Nach ersten Berufsjahren als Architekt und Stadtplaner in Halle an der Saale war er 1927 im Stab von Fritz Schumacher in Hamburg tätig. Dieser vermittelte Wortmann die Rückkehr in seine Heimatstadt Bremen: „Meine Aufgabe war neben der planerischen Betreuung der Vorstädte“, schrieb Wortmann 1958 in seinen „Erinnerungen und Gedanken - Bremer Städtebaufragen 1900-1945“, „die Mitarbeit an der ‚Stadt- und Landesplanung‘, mit der ein Jahr zuvor begonnen worden war.“

Bald schon richtete der Baurat seinen Blick auch über die Grenzen der Hansestadt hinaus. Die Gemeinde Lemwerder beauftragte ihn mit der Planung für die weitere Bebauung. Im September 1933 engagierte sich Wortmann zusammen mit dem bremischen Gartenbaudirektor Richard Homann für ein Siedlungsprojekt in St. Magnus. Knoops Park und Gut Weilen sollten an Private veräußert werden. 113 Parzellen in der Größe zwischen 19.134 und 1227 Quadratmetern waren im Angebot. Eine „Vereinigung für Städtebau“ stellte das Projekt in der „Glocke“ vor.

Wortmann warb für die Ansiedlung mit einem Vortrag über „Städtebauliche Fragen an der Lesum unter besonderer Berücksichtigung der Lesumgüter“. Ein Ausflug mit dem Kraftomnibus machte Kaufinteressenten nach dem Bericht der „Bremer Nachrichten“ vom 24. September 1933 mit den Gegebenheiten in St. Magnus vor Ort vertraut. Auch Wortmann selbst gewann interessante Eindrücke. Das Gebiet an der Lesum erschien ihm für eine Wohnbebauung durch die Hansestadt gut geeignet.

Maßgebliche Männer der Bauverwaltung in Bremen mußten nach 1933 ihre Plätze räumen, weil sie der Freimaurerloge angehörten. Da Wortmann seit 1937 der NSDAP angehörte und daneben mit Bürgermeister Böhmker durch ein persönliches Vertrauensverhältnis verbunden war, gewann er erheblich an Einfluß. Ablehnenden Stellungnahmen gegen eine Eingemeindung von Bremen-Nord, das von der Bremer Innenstadt zu weit entfernt zu sein schien, begegnete er nach einer „Bereisung“ der Gemeinden an der Lesum und dem rechten Weserufer auf einer anschließenden Konferenz im Bremer Rathaus im Mai 1939.

„Alle hohen Vertreter des Staates und der NSDAP“, so berichtete Wortmann, „waren anwesend. Die planerischen Gesichtspunkte für die preußische Seite wurden von Gottfried Müller, für die bremische Seite von mir getragen. Eine entscheidende Frage spielte dabei immer wieder der bauliche Zusammenhang der Ortsteile untereinander, der am Lesumübergang bei Burg sehr dünn war und deshalb bei den Verhandlungen kritisch betrachtet wurde. Ich habe das Erstaunen der Berliner Herren noch gut in Erinnerung, als sie bei der Bereisung den schmalen Damm, auf dem die Straße zwischen Grambke und Burg verläuft, und das tiefliegende Marschenland zu beiden Seiten, das eine Besiedlung so gut wie ausschloß, sahen und meine Begründung an Ort und Stelle bestätigten. Das erste Eis war gebrochen, als wir die Lesum überquerten. An der Landesgrenze stand aber der Oberpräsident der Provinz Hannover, zugleich Stabschef der SA und beschwerte sich über die bremische, von Berlin

unterstützte Invasion. Er hatte keinen Erfolg. Die Bereisung fand statt.“ Der Gauleiter von Ost-Hannover, Otto Telschow, der für Lesum und Blumenthal zuständig war, hatte sich auch auf die Seite Bremens geschlagen.

Ein letzter Konflikt entstand am Löh in Blumenthal, der als eine „natürliche Grenze“ des für eine Eingemeindung nach Bremen geeigneten Gebiets erschien. Man einigte sich auf einen Kompromiß: Bremen verzichtete auf Ritterhude, Osterhagen-Ihlpohl, Platjenwerbe und Leuchtenburg. Blumenthal und Farge wurden eingemeindet. „Am 30. September 1939“, schrieb Wortmann, „wurde die Eingemeindung verkündet. Die Nachricht erreichte mich in Polen.“ Baurat Wortmann war zum Heeresdienst einberufen worden. Im Jahre 1940 „u. k.-gestellt“, als in der Heimat unabkömmlich vom Heeresdienst befreit, kehrte er in die Stadtplanung in Bremen zurück. In einem Konflikt mit seinem Vorgesetzten, Baudirektor Offenberg, konnte sich Wortmann durchsetzen.

Seit 1941 stand er an der Spitze des Bauressorts. Als „Ausbaustadt“ wurde Bremen der „Gaustadt“ Oldenburg gleichgestellt. Die Kriegszerstörungen verhalfen Bremen zum Titel einer „Wiederaufbaustadt“. 1944 wurde Wortmann mit den Planungen für ein nach Kriegsende neugestaltetes Bremen beauftragt. Der Zusammenbruch 1945 beendete Wortmanns städteplanerische Aktivitäten. Von der Militärregierung aus dem Amt entlassen, gründete er ein Architekturbüro. 1956 erhielt er einen Ruf als Professor für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung an die Technische Hochschule Hannover.

Sein Tod darf Anlaß sein, sich seiner Verdienste für den Anschluß von Bremen-Nord an die Hansestadt zu erinnern. Seine Gedanken gingen über die Weser hinweg nach Lemwerder, Berne und Delmenhorst. Die Idee eines „Groß-Bremen“ rechts und links der Weser blieb allerdings unrealisiert. Bürgermeister Kaisen vertrat nach 1945 den Gedanken der Konzentration auf das „engere“ und wirtschaftlich stärkere Bremen ohne ein größeres Landgebiet.

Aufbaugemeinschaft Bremen – Mitgliederversammlung

15. November 1995 - Haus Schütting

Mit Schreiben vom 20. Oktober 1995 wurde die Einladung zur Mitgliederversammlung den Mitgliedern zugestellt. Um 15.07 Uhr eröffnete der Unterzeichner die Versammlung

Er gedachte des am 26. Oktober 1995 in Hannover verstorbenen Prof. Dr. Wilhelm Wortmann, der vor fünfzig Jahren Mitbegründer unserer Aufbaugemeinschaft war und sie durch all die Jahre durch Ideen und Beiträge wesentlich geprägt hat. Mit ihm verlieren wir nicht nur unser letztes Gründungsmitglied, sondern auch einen entschiedenen Förderer und großen Städte- und Landesplaner, der sich sein Leben lang für Bremen eingesetzt hat.

Der Vorsitzende dankte den Anwesenden, daß sie sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben hatten.

Anschließend verlas der Vorsitzende den Jahresbericht 1994/95. (siehe Abdruck in Heft 2/95 DER AUFBAU). Dazu gab es keine Wortmeldung.

Danach trug anstelle des verhinderten Schatzmeisters Herr Korte jetzt Herr Nullmeyer dessen Bericht vor. Auch dazu gab es keine Wortmeldungen.

Der Unterzeichner übergab dann den

Vorsitz an Herrn Claus Hübener. Letzterer beantragte die Entlastung des Vorstandes, der einstimmig - mit Enthaltung der Herren des Vorstandes - zugestimmt wurde.

Dann verlas Herr Hübener für die Neuwahl des Vorstandes für die nächsten drei Jahre den Wahlaufsatz:

Vorsitzender	: Hans Budde
stellv. Vorsitzender	: Uwe A. Nullmeyer
Schriftführer	: Dr. jur. Jann Lünig
Schatzmeister	: Herbert Korte
Beisitzer	: Stefan Storch Simon Reimer Christian Plump

Herr Nullmeyer stellte die neuen Kandidaten, Herrn Reimer und Herrn Plump, der Mitgliederversammlung vor.

Zunächst stellte Herr Hübener den Vorsitzenden zur Wahl. Die Wahl erfolgte - mit einer Enthaltung - einstimmig.

Dann rief er zur Wahl des übrigen Vorstandes auf. Die Wahl erfolgte - bei Enthaltung der zur Wahl Anstehenden - ebenfalls einstimmig.

Herr Hübener beglückwünschte die Mitglieder des Vorstandes zum Wahlergeb-

nis und übergab den Vorsitz an Herrn Budde als wiedergewählten Vorsitzenden.

Herr Budde dankte Herrn Hübener dafür, daß er in bewährter Weise sowohl die Entlastung als auch die Wahl durchgeführt hatte. Er begrüßte die neuen Mitglieder des Vorstandes in der Hoffnung, daß diese in der kommenden Vorstandsarbeit neue Impulse einbringen würden. Unter Punkt Verschiedenes wurde ausgeführt, daß es zwar sehr bedeutungsvoll sei, daß man Herrn Bürgermeister Nölle als Festredner für den sich anschließenden Festakt „50 Jahre Aufbaugemeinschaft Bremen“ gewonnen habe, daß man aber sehr gern den neuen Bausenator Dr. Schulte als Vortragenden gesehen hätte, um von ihm über seine Ziele und Aufgaben in den nächsten Jahren Grundsatzausführungen zu hören.

Es wurde angeregt, dafür eine andere Veranstaltung durchzuführen. Der Vorsitzende sagte zu, diesen Vorschlag in der nächsten Vorstandssitzung zur Diskussion zu stellen.

Um 15.50 Uhr schloß der Vorsitzende die Mitgliederversammlung und erinnerte an den um 16.00 Uhr angesetzten Festakt in den oberen Sälen des Hauses.

Jahresbericht

In vielen Vorstandssitzungen wurden anstehende Probleme, bekanntgewordene Planungen der städtischen Verwaltung, Entwicklungstendenzen in Bremen und im Umland verhandelt, sowie die Programme für unsere Zeitschrift DER AUFBAU festgelegt.

Ein Schwerpunkt war die kritische Tätigkeit der Ampelkoalition, die bekanntermaßen im Frühjahr 1995 gescheitert ist. Im Nachhinein ist anzuerkennen, daß vor allem vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel eine Reihe von Impulsen für die zukünftige Entwicklung unseres Städtestaates ausgingen, so das Programm für die Aufwertung der Innenstadt und der Anstoß für den Ausweis von Industrie- und Gewerbegebieten und deren teilweise planerische Konzeption.

Die Ampelkoalition ist aber daran ge-

scheitert, daß die Auffassungen über den rechten Weg zum Strukturwandel zu unterschiedlich waren und die einzelnen Senatsressorts sich nicht abstimmten, ja teilweise sogar gegeneinander arbeiteten.

Zwei unserer Vorstandsmitglieder haben sich an der Gründung der City-Initiative beteiligt, die im Juni 1992 erfolgte. Erste Auswirkung war die Durchsetzung eines Einkaufssonntages, der mit gutem Erfolg am 2. Oktober 1994 stattfand. Große ganzseitige Selbstdarstellungen mit Forderungen an die Politik fanden große Beachtung. Die City-Initiative konnte ihre Anliegen bei Bürgermeister Wedemeier vortragen.

Wir haben uns erheblich für den Beginn der Einzelvorhaben in der Innenstadt eingesetzt, unter anderem durch Veröffentlichungen wie „Domshof und

Passagenviertel“ von Prof. Zantke und „Der Domshof als einprägsamer Ort“ von Herrn Rienäcker. Inzwischen ist tatsächlich mit wichtigen Bauvorhaben begonnen worden. Die Wallüberdachung ist im Wesentlichen fertiggestellt, das große Bauvorhaben von Nordwest-Vermögen (Bremer Landesbank) von der Querenstraße, Katharinenstraße, Katharinenklosterhof bis zur Sögestraße ist im 1. Bauabschnitt begonnen, der Um- und Neubau der Deutschen Bank mit Passage zum Domshof wird in Kürze anlaufen, und auch der Bau des Café's auf dem Domshof ist zugesagt.

Damit entsteht ein völlig neuer Umlauf mit zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten von der Sögestraße über die Passagen zum Domshof und zurück über Bischofsnadel - Am Wall zum Eingang der Sögestraße als interessantes

Angebot für Besucher aus Bremen und seinem Umland, wie es in diesem Umfang seit bald 100 Jahren nicht geschehen ist. Wie sich ein weiteres Vorhaben, nämlich die Fortsetzung der Wallüberdachung und die Umwandlung des Polizeihauses in ein Einkaufszentrum und eine entsprechende Aufwertung der Ostertorstraße entwickeln wird, läßt sich zeitlich noch nicht absehen.

Mit Befriedigung konnten wir feststellen, daß die Aufwertung von Kulturstandorten gute Fortschritte macht. Der Um- und Ausbau der Kunsthalle soll in Kürze beginnen, für die Glocke ist dieses Vorhaben nach vielen Jahren zähen Ringens jetzt in der Ausführungsphase. - Ein großer Gewinn ist auch die Aufwertung des Gerhard-Marcks-Hauses. Wir hoffen, daß die Idee des Wagenfeld-Museums im gegenüber liegenden Torhaus Wirklichkeit wird. Wir regen an, daß von diesem Kulturzentrum Theater, Museen

am Ostertor über das Schnoorviertel eine Museumsmeile bis zur Weserburg ausgebaut wird.

Nach der Mitgliederversammlung werde ich auf weitere Vorhaben eingehen. Über die Jahreshauptversammlung am 15. September 1994 ist zu berichten, daß zu diesem Thema „Die Zukunft der bremischen Häfen“ drei sehr gute Referate vorgetragen wurden, nämlich von dem zuständigen Senator Uwe Beckmeyer zu den allgemeinen Entwicklungstendenzen vor Ort und aus internationaler Sicht, von Herrn Dr. Hanspeter Stabenau, Vorstandsvorsitzender der Stiftung DAV, zum Thema: „Die Wandlung der Seehäfen zu Logistikzentren“ und von Herrn Dr. Andreas Otto, Geschäftsführer der Verkehrsabteilung der Handelskammer, zu den Verkehrswegen, Außenweser und Binnenschifffahrt mit Anbindung an Schiene und Straße.

Die Zahl der Teilnehmer war groß, die anschließende Diskussion ausführlich und das Echo gut. Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind und bleiben wichtiger Bestandteil unseres Stadtstaates und haben große Bedeutung für unseren Lebensraum.

Als weiteres Thema beschäftigt uns, auf die Eigenart der einzelnen Ortsteile in Bremen einzugehen. Dazu haben wir wieder zur Selbstdarstellung in unserer Zeitschrift gebeten - dies Mal der „Bremer Westen - Versuch einer Bestandsaufnahme“, sehr ausführlich von Ortsamtsleiter Bernd Peters und seinem Stellvertreter, Hans-Peter Mester geschildert. Nicht nur die Entwicklung in der Innenstadt, auch die in den Vorstädten sind für die Gesamtstadt von Interesse und letztere vor allem deswegen, weil die Bürger der Stadt häufig keine Gelegenheit haben, an dem Wachsen und Gedeihen anderer Nebenzentren ihrer Stadt Anteil zu nehmen.

Eines unserer besonderen Themen ist Bremen und sein Umland. Wir verfolgen aufmerksam die weitere Entwicklung des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen und die ersten, wenn auch noch bescheidenen Erfolge bei der Bearbeitung der übernommenen Aufgaben. Wir geben einzelnen Mitgliedsgemeinden Gelegenheit, sich in unserer Zeitschrift darzustellen, so zuletzt die Gemeinde Hatten im Westen und Grasberg im Osten von Bremen. Mit kritischen Worten haben wir die Arbeit begleitet (siehe Artikel „Stadt und Region - Überheblichkeit und Mißtrauen“). Damit sollte zum Nachdenken über dieses Thema angeregt werden.

Mit Befriedigung stellen wir fest, daß die 1995 infolge der Wahl gebildete neue Regierung aus SPD und CDU ein besseres Konzept für die Entwicklung Bremens aufgestellt hat. Der Wind, der Bremen bei den Aufgaben der Entschuldung und des Strukturwandels ins Gesicht bläst, ist aufgrund höherer Sozialaufgaben und veränderten Steueraufkommens heftiger geworden. Die neue Regierung muß zeigen, ob sie stark genug ist, allen Widerständen zum Trotz die erforderlichen Schritte durchzuhalten.

Wir sind alle gefordert, sie dabei nach unseren Möglichkeiten zu unterstützen.

SCHUTZENGEL ÜBERFLÜSSIG!



BREPARK



RWS 694

Jedenfalls in unseren Parkhäusern. Denn wir haben schon welche - unsere Wachmänner. Die sind ganz in Ihrer Nähe, wenn Sie bei uns parken. Damit Sie sich nicht nur wohl, sondern auch sicher fühlen. Wenn Sie's aber gerne spannend haben - dann sollten Sie lieber ins Kino gehen.

BREPARK
 Bremer Parkraumbewirtschaftungs- und Management GmbH
 28066 Bremen - Tel. 174 71-0

50 Jahre Aufbaugemeinschaft Bremen

am 15. November 1995 in der Handelskammer Bremen

Grußwort des Herrn Dr. Dirk Plump Vizepräsident der Handelskammer Bremen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Budde,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Freude, Sie im Namen der Handelskammer anlässlich Ihres 50-jährigen Vereinsjubiläums zu begrüßen und Ihnen die herzlichen Glückwünsche der bremischen Wirtschaft zu überbringen.

Die Geschichte der Aufbaugemeinschaft ist zugleich die Geschichte der Stadtentwicklung Bremens seit Kriegsende. Im Mai 1945 haben sich Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zusammengefunden, um in Straßengemeinschaften die zerstörten Häuser und Straßen wieder aufzubauen.

Die „Wiederaufbau-Gemeinschaft-Sögestraße“ war die Keimzelle der Aufbaugemeinschaft. In dieser Vereinigung waren bald 50 Straßengemeinschaften zusammengefaßt, eine gewaltige Leistung der Menschen in jener Zeit.

Seit ihrer Gründung besteht zwischen der Aufbaugemeinschaft und der Handelskammer eine enge, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das zeigt schon ein Schreiben des Präses der Handelskammer, Martin Wilkens, an die Mitglieder aus dem Jahre 1948. Er schrieb und ich zitierte:

„In der Aufbaugemeinschaft Bremen haben sich Kräfte zusammengefunden, die den Wiederaufbau unserer Stadt auf einem durchaus neuartigen Weg fördern wollen. Der Gedanke, alle diese Kräfte in einer über die ganze Stadt ausgebreiteten privaten Organisation zu vereinen, als Mittler zwischen den Aufbauwilligen und den Baubehörden zu wirken, und jedermann mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, entspricht guter bremischer Tradition und verdient wärmste Unterstützung aller derjenigen, die am Wiederaufbau Bremens Anteil nehmen.“

Wir sind gewiß, daß die bremische Wirtschaft hierbei nicht zurückstehen, sondern tatkräftig mitwirken wird. Die Aufforderung, der Aufbaugemeinschaft als Mitglied beizutreten und ihr dadurch die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Mittel zuzuführen, wird daher von uns befürwortet.“

Diesem Appell sind seinerzeit viele Kaufleute aus allen Stadtteilen Bremens gefolgt.

Meine Damen und Herren, das verdienstvolle Wirken der Aufbaugemeinschaft über ein halbes Jahrhundert ist unlösbar mit den Namen zweier Persönlichkeiten verbunden: Gerhard Iversen und Wilhelm Wortmann. Beide waren Männer der ersten Stunde, viele Jahrzehnte Motor des Vereins, Impuls- und Ideengeber. Ohne sie gäbe es heute die Aufbaugemeinschaft nicht mehr.

Sie haben der Stadt- und Regionalplanung Perspektiven eröffnet und mitunter ungewohnte überraschende Stellungnahmen verfaßt.

Der Verein hat in seiner 50-jährigen Geschichte viele bedeutende und wegweisende Publikationen herausgebracht: „Planungskonzept Weser-Jade-Raum“, „Autogerechte und autolose Stadt“, „Gesunde Stadtstruktur - ein Beitrag zur Zentralitätsforschung City-Zentrum und periphere Einkaufszentren“ oder im Jahre 1983 - damals so aktuell wie heute - „Gefährdung des Oberzentrums durch Umlandzentren?“.

Gerade mit diesem Thema hat sich die Aufbaugemeinschaft wiederholt befaßt; sie hat dabei nicht bei den Landesgrenzen halt gemacht, sondern den Dialog zum Umland gesucht und für mehr gegenseitiges Verständnis bei der zum Teil unterschiedlichen Interessenlage Bremens und den Umlandgemeinden geworben.

Ein besonderes Verdienst der Aufbaugemeinschaft ist ihr Beitrag zur Gründung des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen - ein Zusammenschluß von über 30 Gemeinden und Städten im Umland von Bremen.

Damit sind wir bereits in der Gegenwart. Auch heute stehen eine Vielzahl wichtiger Themen auf der Agenda, die Bremens Beziehungen zum Umland betreffen. Nur beispielhaft seien genannt der Ausbau des Verkehrsverbundes zwischen Bremen und dem Umland, der Bau der Autobahneckverbindung A 281, die Frage der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen in unserem Wirtschaftsraum wie auch die weitere

wirtschaftliche und stadtplanerische Entwicklung unserer Innenstadt als Oberzentrum im Nordwesten Deutschlands.

Notwendige politische Entscheidungen in der Stadtentwicklungspolitik sind leider in den letzten Jahren unterblieben. Stadtentwicklungspolitik erschöpfte sich häufig in der Aufstellung ständig neuer Konzepte. Mit der jetzigen Koalition sind neue Hoffnungen und Erwartungen verknüpft. Die Zusammenführung von Planungsamt, Stadtentwicklung und Verkehr im Bauressort ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch einmal den Gründer der Aufbaugemeinschaft Gerhard Iversen zitieren: „Es ist immer eine Eigenart der Hansestädte und insbesondere Bremens gewesen, daß die Bürger das Stadtbild und das öffentliche Leben entscheidend mitbestimmen, was in anderen Städten von der Stadtverwaltung selbst erfüllt werden mußte.“

Ich hoffe, daß dies auch weiterhin so bleibt und wünsche in diesem Sinne der Aufbaugemeinschaft auch für die nächsten Jahrzehnte ihres Wirkens viel Glück und Erfolg.

Im besten Licht



28816 Stuhr b. Bremen · Henleinstr. 5
☎ 0421/8715 60 · Fax 0421/8 71 56 25

Grüßworte Hans Budde

Heute ist ein großer Tag für die Aufbaugemeinschaft Bremen. Sie feiert ihren 50. Geburtstag und hat ein halbes Jahrhundert Nachkriegs- und Friedenszeit in Bremen und umzu erlebt.

Von den Männern der ersten Stunde, die der Wille und der Mut zum Wiederaufbau ihrer zerstörten Heimatstadt zusammenführte, lebt heute keiner mehr. Wir gedenken des Gründers und langjährigen Vorsitzenden Gerhard Iversen, der am 23. Juni 1982 gestorben ist, und seines fachmännischen Begleiters, des überragenden Stadtplaners Professor Dr. Wilhelm Wortmann, der im 99. Lebensjahr vor drei Wochen verschied.

Es war aber nicht nur der Wille, aus den Trümmern wieder neues Leben zu erwecken, es war auch die selbstverständliche Bereitschaft eines Jeden, ehrenamtlich einen wesentlichen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten. Ehrenamtlich tätig zu sein heißt, Leistungen für die Allgemeinheit ohne Vergütung zu erbringen. Ohne die Bereitschaft vieler Persönlichkeiten dazu wäre der Aufbau nach dem Kriege so nicht möglich gewesen.

Sie haben von Herrn Dr. Plump bereits einiges über die Geschichte unserer Aufbaugemeinschaft gehört. Der Wiederaufbau vollzog sich unerwartet rasch, doch im Gefolge stellten sich immer neue Anforderungen an die Planung in Stadt und Land.

Ich will versuchen, hier einen kurzen und eben deswegen nicht vollständigen Ausblick über Planen und Bauen in Bremen und Umgebung zu unternehmen, gleichzeitig aber Ansatz für derzeitige und zukünftige Aufgaben der Aufbaugemeinschaft Bremen.

Uns Bremern bekannt, aber nun auch durch wissenschaftliche Vergleichsuntersuchung bestätigt: Bremen hat, was Wohnen, Kultur, Einkauf und Freizeit angeht, eine hohe Lebensqualität zu bieten. Unser Marktplatz ist ein Juwel, die schuhsohlenartige Altstadt mit den Wallanlagen eine typische Besonderheit. Bremen ist Hafen- und Hansestadt an der Weser und überörtlich Teil der Verkehrsverbindung von Skandinavien nach Westeuropa.

Leider ist in den letzten beiden Jahrzehnten zu wenig für die Lösung der Verkehrsprobleme getan worden. Es fehlt ein Gesamtkonzept, das zwischen

den verschiedenen zuständigen Planungsstellen abgestimmt und von der Politik getragen wird. Verkehrsbindungen sind wie Blutbahnen im Stadtkörper und Verkehrsstaus offensichtliche Krankheitszeichen. Leitgedanke der Planung muß sein, daß der Verkehrsfluß nicht behindert, sondern die Lenkung so weit wie möglich dem Bedarf angepaßt wird. Das ist besonders für den Einzelhandel in der Innenstadt notwendig, wollen doch die Kunden laut Umfragen überwiegend mit dem Auto zum Einkaufen in die City. Und nur frische Durchblutung sorgt für mehr Lebensqualität. Zusätzlich leisten Eisenbahn, Straßenbahn, Busse und Fahrräder wichtige Dienste bei der Personenbeförderung.

Hochgeschwindigkeitszüge fahren werden, die nicht unseren Hauptbahnhof anfahren. Damit Bremen nicht von dieser Verbindung abgehängt wird, muß an der Kreuzung zur Strecke nach Hannover ein neuer Bahnhof errichtet werden. Die daraus erwachsenen Konsequenzen sind eine ganz wichtige Planungs- und Investitionsaufgabe.

Der notwendige Ausbau des Flughafens ist im Gang, ebenfalls die Erschließung eines großen anschließenden Gewerbegebietes. Das Einzugsgebiet ist groß, die Entwicklungsaussichten vor allem für die Luftfracht sind sehr gut. Eine weitsichtig angelegte Planung muß diese Tendenzen berücksichtigen.



Von links nach rechts: Vizepräsident Dr. Dirk Plump, Vorsitzender Hans Budde, Bürgermeister Ulrich Nölle

Die Lage des Hauptbahnhofs im Osten und des Flughafens im Westen zur Innenstadt ist so günstig wie kaum in einer anderen Stadt. Bei beiden stehen wichtige Vorhaben an. Für den Hauptbahnhof und dessen Umgebung zum Bürgerpark und zur City sind die Neuplanungen weitgehend abgeschlossen. Ich verweise dazu auf die Veröffentlichungen darüber im letzten Heft unserer Zeitschrift DER AUFBAU. Mit der Deutschen Bahn muß aber noch mit aller Zähigkeit verhandelt werden, denn ohne den breiten Durchgang im Erdgeschoß des Hauptbahnhofs vom Bahnhofsvorplatz zur Bürgerweide bleibt die ganze Umgestaltung Stückwerk.

Zur Bahn noch ein Hinweis: Es zeichnet sich ab, daß auf der Fernverkehrsstrecke Hamburg - Köln in absehbarer Zeit

In Erinnerung gerufen werden muß, daß Bremen eine Stadt am Fluß ist, ein Fluß, der Trennung und Verbindung zugleich ist. Im letzten Jahrhundert hat sich unsere Stadt beiderseits des Flusses erheblich erweitert, auf dem rechten Ufer in einer Länge von 42 km. Es gilt, das Wasser wieder stärker in unser Stadtbild einzubinden, die Stadt wo irgend möglich, zum Fluß zu öffnen. Ein gutes Beispiel ist die Anlage des Osterdeichs im vorigen Jahrhundert. Ähnlich könnte in naher Zukunft ein Westerdeich, beginnend am ehemaligen Focke-Museum über den Weserbahnhof flußabwärts, geschaffen werden. Es sollte nicht bei den wichtigen Planungsvorarbeiten bleiben, sie sollten vielmehr konsequent zur Verschönerung der Ufer und Verbesserung des Stromes ausgeführt werden.

Nota bene: Zwei Brückenverbindungen sind aufgrund von Initiativen der Aufbaugemeinschaft entstanden, deren Urheber bei der sogenannten Erdbeerbrücke Herr Iversen und bei der Teerhofbrücke Herr Dr. Rosenberg waren.

Eine lebendige Stadt verändert sich ständig. So muß auch die Stadtplanung als ein Prozeß verstanden werden, der sich sowohl den sich ändernden Bedingungen anpaßt und gleichzeitig zukünftige Modelle simuliert. Nicht die Neuschöpfung, sondern die Reparatur der Stadtgestalt ist gefordert in Anpassung an die sich verändernden Strukturen.

Das gilt in besonderem Maße für die Innenstadt, die durch Längsverbindungen parallel zum Fluß und einer Reihe von Querspannen geprägt ist. Für die Innenstadt liegen zahlreiche Neuplanungen vor, hier spürt man besonders eine neue Aufbruchstimmung, wie wir sie seit dem Wiederaufbau in Bremen nicht erlebt haben. Das betrifft nicht nur die planenden Stellen in den Behörden, sondern ebenso die Einzelhändler, die das mit der Gründung der City-Initiative bewiesen haben, und die Investoren. Letztere initiieren und finanzieren heute häufiger als die öffentliche Hand neue große Bauvorhaben. Wir stehen dabei am Anfang einer Entwicklung, bei der die Beteiligten noch den Umgang miteinander proben müssen. Abstimmung untereinander, Abwägung der unterschiedlichen Interessen und die rechtzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit müssen geübt werden, damit allseits zweckmäßige, tragbare, wirtschaftliche und gut gestaltete Ergebnisse gedeihen.

Als Beispiel für den beginnenden Wandel der Innenstadt, werden wir im Heft 2/95 DER AUFBAU berichten über den Bereich Sögestraße - Katharinenstraße - Domshof und Am Wall, über den Neubau der Bremer Landesbank, die Überdachung des Katharinenklosterhofs, den Um- und Neubau der Deutschen Bank mit Passage zum Domshof und die bereits fertige Überdachung Am Wall. Daraus entsteht eine wesentliche Erweiterung der Einkaufswege in der Innenstadt. Sogenannte 2a-Einkaufslage soll zusätzlich in der Herdentorswallstraße geschaffen werden. Zur Weser hin tut sich was in der Martinistraße. Man merkt ihr an, daß sie als Durchbruch durch die hier stark zerstörte Stadt im wahrsten Sinne durchgebrochen wurde. Diesen abweisenden Straßenzug in eine attraktive Einkaufsmeile umzugestalten, ist eine große, aber auch lohnende Aufgabe. Wir haben die vom Planungsamt aufgestellte



Von links nach rechts: Herr Obitz, Herr Budde, Herr Dr. Lüning

Planung veröffentlicht. Bemerkenswert ist das Vorhaben, durch Querverbindungen die Innenstadt zum Fluß hin zu öffnen, womit das Erlebnis Stadt am Fluß unterstrichen wird.

Noch nicht so weit gediehen ist die Stadtreparatur zwischen Markt und Ostertor als Verbindung zum Osten. Angedacht ist die Umwidmung des Polizeipräsidiums, kurz Polizei raus, Geschäfte rein. Damit allein wird es nicht getan sein, eine sorgfältigere Planung ist noch erforderlich. Wenn wir unsere Innenstadt attraktiver machen und lebendiger gestalten wollen, ist gleichzeitig an Veranstaltungen zu denken, z. B. Musikfest Bremen, Stadtfest, Freimarkt usw. und vor allem an kulturelle Veranstaltungen. Dazu trägt die Neugestaltung der Glocke ebenso bei wie der Umbau der Kunsthalle und vielleicht auch eine Umnutzung des zweiten Torhauses am Ostertor. Wir müssen aber auch gegen die großen Einkaufszentren auf der grünen Wiese angehen. Es kann nicht hingenommen werden, daß der Einzelhandel dahin abwandert, wo ein solches Zentrum schon bald denselben Umsatz hat, wie heute unsere ganze Innenstadt. Und das wird nicht nur durch billige Grundstückspreise, sondern auch durch öffentliche Förderung unterstützt und vor allem durch gute Zufahrten und kostenlose Parkplätze.

Vor sechs Jahren hat die Aufbaugemeinschaft Bremen mit ihrer Veranstaltung „Bremen und seine niedersächsischen Nachbarn“ auf die starke Verflechtung mit dem Umland aufmerksam gemacht. Das betrifft den Verkehr, die starke Abwanderung aus Bremen in die Nachbargemeinden, die Vorhaltung öffentlicher und kultureller Einrichtungen für

das Umland, die wirtschaftliche Verflechtung und vieles mehr. Daraufhin wurde der Kommunalverbund Niedersachsen - Bremen gegründet, dem heute 34 Städte und Gemeinden mit über einer Million Einwohnern angehören. Er ist inzwischen zu einer starken Institution geworden, in der nicht nur die Gemeinschaft gepflegt, sondern auch naturgemäß bestehende Gegensätze ausgeglichen werden. Mit seiner intensiven, zielorientierten Arbeit unterstützt er die gemeinsame Landesplanung Bremen-Niedersachsen, verbunden mit dem Vorteil größerer Bürgernähe und Pflege der politischen Gemeinsamkeiten auf kommunaler Ebene.

Wes das Herz voll ist, dem geht der Mund über. Ich breche hier ab und hoffe, Ihnen eine Vielzahl von Aufgaben näher gebracht zu haben, die uns ins Haus stehen. Diese jetzt und in naher Zukunft zu meistern, braucht Bremen die Mithilfe aller Bürger seiner Stadt, auch von uns. Wir würden uns über jede Mitarbeit und Mithilfe gerade aus Ihren Reihen freuen.

Das Land Bremen steckt in einer Finanzkrise. Es ist nicht die erste und es wird nicht die letzte sein. Bisher haben die Bremer immer wieder die Kraft aufgebracht, ihre Stadt am Leben zu erhalten. Lassen Sie mich zum Schluß aus dem Buch von Wilhelm Kaisen „Meine Arbeit, mein Leben“ zitieren:

„Die Bevölkerung setzt sich keine Denkmäler - sie hat es auch nicht nötig, denn das monumentalste Zeugnis ihrer Arbeits- und Lebenskraft ist das heutige Bremen. Es bestätigt sich auch hier wieder das alte Wort:

„Ein Bremen, das leben will, wird leben!“

Festvortrag des Herrn Ulrich Nölle, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Budde,
meine sehr verehrten Damen Herren,

Ich bin zu Ihnen gern gekommen und habe den Festvortrag vor allem aus zwei Gründen mit Freuden angenommen:

1. Respekt vor der Leistung, die diese Gemeinschaft insbesondere in der Nachkriegszeit erbracht hat und
2. Respekt vor der Bürgerinitiative, die uneigennützig und ohne jede materielle Hilfe vom Staat, Aufbauarbeit in Bremen geleistet hat und bis heute leistet.

Man muß sich einmal vorstellen, welcher ungeheure Wille und wieviel Energie die damaligen Männer und Frauen aufgebracht haben müssen, um schon wenige Monate nach Kriegsende den planmäßigen Wiederaufbau ihrer Heimatstadt zu beginnen.

Über 170 Luftangriffe waren überstanden, über 500.000 Brandbomben waren über Bremen abgeworfen worden, alle Brücken waren zerstört, die Hafenanlagen unbrauchbar, ebenso die meisten Industriebetriebe.

Welch tiefe Resignation würde uns heute befallen angesichts eines solchen Horrorszenarios. Nicht so Gerhard Iversen, den Gründer der „Wiederaufbaugemeinschaft“ und nicht so die vielen Männer und Frauen, die er um sich scharte oder die ihrerseits weitere Aufbaugemeinschaften gründeten und damit übrigens ein Vorbild gaben für ähnliche Einrichtungen in anderen Städten.

Diese Bürgerinitiativen - sicherlich die ersten in der Nachkriegszeit und damit wohl auch die ältesten in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands - entsprechen guter bremischer Tradition. Es war schon von jeher in Bremen vornehmste Aufgabe der Bürger, sich uneigennützig und ehrenamtlich für dieses Gemeinwesen zu engagieren. (Bürgerpark / Sparkasse / Kunsthalle).

Dies alles ist gute Bremer Tradition und in dieser Tradition steht die Aufbaugemeinschaft Bremen, deren 50jähriges Bestehen wir heute feiern.

Freilich - die Aufgaben haben sich inzwischen geändert. Der Aufbau Bremens ist geschafft, jetzt stehen andere Aufgaben im Vordergrund: Die Aufbaugemeinschaft versteht sich heute als Sprachrohr Bremer Bürger für die Entwicklung unserer Stadt. Sie macht Vorschläge und gibt Anregungen und scheut sich auch nicht, Kritik zu üben dort, wo es nötig ist und wo es angebracht ist.

Eigentlich könnte man an dieser Stelle sagen „Ende gut - alles gut“. Bremen ist aufgebaut und Bremen ist wieder die lebenswerte und lebenswerte Stadt geworden, die sie einmal war.

Aber - ist wirklich alles gut? Gibt es nicht etwas, was uns schon lange - ja sogar viel zu lange - bedrückt und woran wir fast zugrunde gehen? Hier stünde wahrscheinlich nicht der Finanzsenator, wenn es nicht die katastrophale Finanzsituation wäre, die uns alle belastet und die uns alle vor schier unlösbare Probleme stellt.

Ein Land, das nicht in der Lage ist, seine Finanzprobleme aus eigener Kraft zu lösen, wird keinen Bestand haben, wenn es nicht schnell einen Ausweg aus dieser Situation findet.

Bremen war in seiner wechselvollen Geschichte mal reich und mal arm - aber es war nie so arm, daß seine Selbständigkeit ernsthaft in Gefahr war.

Heute besteht diese Gefahr, obwohl Bremen nach „1945“ besser gestartet war, als jedes andere Bundesland. Daß der Wiederaufbau zügig und schnell gemeistert wurde, haben wir schon gehört, aber auch Handel und Industrie blühten schneller als irgendwo anders in der Bundesrepublik. So kam es, daß Bremen schon bald zum reichsten

Bundesland avancierte.

Als die Aufbaugemeinschaft gerade ihr 25jähriges Jubiläum feierte, war Bremen auf dem Höhepunkt seiner Blüte angelangt:

- Höchstes pro Kopf Einkommen,
- Einzahlungen in den LFA von jährlich 50 Mio. DM,
- Wiederaufbau ohne größere Staatsschulden.

Als 1971 der erste SPD Finanzsenator (Schulz) die Kasse übernahm, war Bremen das Land mit der geringsten Verschuldung.

Aber auch damals gab es erhebliche Anforderungen an den Staat. Wilhelm Kaisen sagte dazu: „Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß scheinbare Wohltaten die schlimmsten Folgen nach sich ziehen, wenn sie auf Kosten der Gesundheit der Staatsfinanzen bewilligt werden“.

Mit anderen Worten: Kreditfinanzierte Sozialaufwendungen sind der Untergang des Staates.

Was aber, meine Damen und Herren, war denn 1969/70 so entscheidendes passiert, was unsere komfortable Situation so grundlegend geändert hat?

Nun, die Veränderungen lassen sich im wesentlichen in vier Punkten zusammenfassen:

1. Lohnsteuererlegung
2. Strukturschwäche (Werften, Schifffahrt, Fisch, Stahl, Raumfahrt) (Mittelstand, Dienstleiter, Handwerker)
3. Mangelnde Investitionen (Generalverkehrsplan, Gewerbegebiete, Einwohner, Flächen-

schlüsselfertiges Bauen · Industrie- u. Gewerbebau · Stahlbeton-Fertigteile · Hoch- u. Ingenieurbau · eigene Betriebsstätten · mit eigenen Systemen

**Hallen
Fertigteilbau**

Stahlbetonbau
Stahlbau
Leichtmetallbau
Holzbau

Rohbau und
schlüsselfertig

**Sportstätten
Gewerbebau**

Bürogebäude
Industriebau
Kommunalebau
Ingenieurbau

Ihr Partner
auch für
Reparaturen
energiesparende Baumaßnahmen

Renovierung

Alles aus einer Hand
Maurerarbeiten
Sanitär, Elektro,
Heizung usw.

Eigene
Werkstätten für

**Fenster und
Innenausbau**

individuell - hochwertig
Holz - ALU - Kunststoff
moderne
Ausbautechnik

kamü
baubetriebe
fertigteilwerk
holzwerkstätten

Bremen, ☎ (04 21) 54 96-0
Delmenhorst, ☎ (0 42 21) 9 23-0
Hamburg, ☎ (0 40) 3 50 85 31
Berlin, ☎ (0 30) 8 81 43 19

nutzungsplan)
(geplante Schrumpfung - Irrtumsphase)

4. Zu viel Staatswirtschaft
(10.000 Einstellungen, Allzuständigkeit)

Diese Politik führte zu einer zunehmenden Verschuldung mit der Folge, daß Anfang der 80er Jahre Kredite aufgenommen werden mußten, um konsumtive Ausgaben zu finanzieren.

Es trat genau das ein, wovon Wilhelm Kaisen so eindringlich gewarnt hatte. Denn jetzt setzte sich die Zins/Schulden-Spirale in Gang und schränkte Jahr für Jahr den politischen Handlungsspielraum stärker ein, bis die Zinslast jede Handlungsmöglichkeit erstickte.

Da in der Bundesrepublik niemand wußte, wie man mit der Haushaltsnotlage eines Bundeslandes umzugehen hat, blieb nur der Gang zum Bundesverfassungsgericht übrig.

1992 erging das Urteil:

- Bestätigung der Haushaltsnotlage
- Bremen hat Anspruch auf Sanierung
- Aufforderung an Bund und Länder, zu helfen
- Bremen muß einen Eigenbeitrag leisten
- letztes Mittel: Länderneugliederung

Auf der Basis dieses Urteils entwickelte Bremen ein Sanierungsprogramm, mit dessen Hilfe Bremens Finanzen geordnet und die alte Wirtschaftskraft wiedergewonnen werden sollte.

Leider haben uns Konjunktur und Steuereinbrüche die angestrebten Sanierungserfolge gründlich verhängelt. Das darf uns aber nicht entmutigen, an dem jetzt wieder eingeschlagenen, richtigen Weg festzuhalten.

Wenn Steuererlegung
Strukturschwäche
mangelnde Investitionen und
zu viel Staatswirtschaft

zum finanzpolitischen Kollaps geführt haben, dann muß doch der umgekehrte Weg, nämlich

Stärkung der Steuerkraft
Bekämpfung der Strukturschwäche
Erhöhung der Investitionen und

Reduzierung der Staatswirtschaft

zwangsläufig wieder zum Erfolg führen und damit zu einer Verbesserung der Staatsfinanzen.

Und genau das ist der Weg, den wir einschlagen müssen:

- Stärkung der Steuerkraft durch erhöhtes Wirtschaftswachstum mit allen positiven Auswirkungen auf Beschäftigungsvolumen und Arbeitsmarkt
- Bekämpfung der Strukturschwäche durch Förderung des Mittelstandes und durch Bereitstellung ausreichender Flächen für Gewerbeansiedlungen und den Wohnungsbau
- Erhöhung der Investitionen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur und
- Reduzierung der Staatswirtschaft durch Deregulierung und Privatisierung

Diese Ziele lassen sich nicht von heute auf morgen erreichen. Mein Haus hat deshalb den Versuch unternommen, in einem 12 Jahres Programm einmal darzulegen, welche Konsequenzen aus den Zielsetzungen des Sanierungsprogramms für Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt, Bevölkerungsentwicklung, Flächenbedarf und Staatshaushalt zu ziehen sind.

„Sanierungsprogramm und Wachstumsziele“

(An dieser Stelle erläuterte Bürgermeister Nölle Thesen zum Thema „Sanierungsprogramm und Wachstumsziele“. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Themas für die zukünftige Entwicklung Bremens haben wir uns entschlossen, den Aufsatz aus dem Hause des Finanzsenators, auf den die Ausführungen von

Bürgermeister Nölle basierten, im Anschluß an diesen Text im Original abzu drucken.)

Und deshalb bitte ich Sie, uns auf diesem Weg zu begleiten, denn auf Ihren Sachverstand und Ihre Initiativkraft können wir nicht verzichten.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß durch meinen Vortrag deutlich geworden ist, daß es zu einer Politik des Wachstums und damit der Verstärkung unserer Steuerkraft, zu einer Politik der Investitionen in unsere Infrastruktur keine Alternative gibt.

Jetzt müssen wir den Mut aufbringen, dies auch konsequent anzugehen und umzusetzen.

Die Frauen und Männer der Aufbaugemeinschaft haben uns vor 50 Jahren bewiesen was es heißt, mit Tatkraft und Bürgersinn schwierige Probleme zu meistern. Wir sollten diesen Frauen und Männern beweisen, daß wir auch heute noch in der Lage sind, derartige Probleme zu lösen.

In der Festschrift zur 25jährigen Feier der Aufbaugemeinschaft habe ich in dem Vorwort von Wilhelm Wortmann einen Auszug aus einer Rede gefunden, die Perikles zur Feier seiner Stadt Athen gehalten hat.

Perikles sagt: „Wer an staatlichen Dingen keinen Anteil nimmt, heißt bei uns nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter“.

Dies, meine Damen und Herren, galt nicht nur für Athen, es gilt auch für Bremen.

Tun wir unsere Pflicht!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



**HOCKE
HOLZLEIMBAU**

ZIMMEREI · ING. HOLZBAU · HOLZLEIMBAU

JOHANN HOCKE GMBH HOLZBAU KG

28201 BREMEN · Kornstraße 225
Ruf (04 21) 55 91 41

Sanierungsprogramm und Wachstumsziele für die Freie Hansestadt Bremen

Die extreme Haushaltsnotlage Bremens ist im wesentlichen durch das Zusammenwirken von wirtschaftlicher Strukturschwäche und hierdurch mitverursachter Überschuldung gekennzeichnet. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 festgestellt, daß diese Ausgangssituation zur dauerhaften Beseitigung der Haushaltsnotlage ein Ineinandergreifen von unmittelbarem Schuldenabbau und dem „Einsatz mittel- und längerfristig wirksamer Maßnahmen zur Verstärkung der Wirtschaftskraft“ erfordert.

Die Erkenntnis, daß nur über wirtschafts- und finanzkraftstärkende Investitionen die regionalen Einkommen und Arbeitsplätze geschaffen werden können, die ihrerseits über eine nachhaltige Stärkung des (arbeitsplatz- und einwohnerabhängigen) Steueraufkommens die dauerhafte Lebensfähigkeit und Existenzberechtigung des Landes Bremen garantieren, wurde **im bremischen Sanierungsprogramm konsequent umgesetzt**. Durch Verwendung der aus den Entschuldungsbeträgen resultierenden Zinsentlastungen für zusätzliche wirtschafts- und finanzkraftstärkende Maßnahmen (ISP) sollen demnach die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, „**um in Zukunft ein Wachstum der Wirtschafts- und Finanzkraft zu initiieren, das den Wachstumsrückstand schrittweise kompensiert.**“

Mit Verabschiedung des Sanierungsprogramms durch Senat und Bürgerschaft stellt diese Zielsetzung ein **zentrales Kriterium der bremischen Haushaltssanierung** dar. Dennoch wurde bisher nicht eindeutig dokumentiert.

- wie die im Sanierungsprogramm vorgegebenen Wachstumsziele exakt zu definieren,
- welche massiven Konsequenzen aus diesen Vorgaben bei abzuleitenden Faktoren (Beschäftigung, Bevölkerung etc.) zu erwarten und
- welche Schlußfolgerungen - für nahezu alle Politikbereiche des Landes - hieraus zu ziehen sind.

Auf der Grundlage von Annahmen

und Modellrechnungen werden daher nachfolgend **Ableitungen für die wichtigsten Eckdaten** vorgenommen. Sie dokumentieren insbesondere, welche **Anforderungen, Verpflichtungen und Chancen** mit der Anerkennung der Zielsetzungen des Sanierungsprogramms zwangsläufig verbunden sind.

1. Wirtschaftswachstum

a. Annahmen

Das Sanierungsprogramm unterstellt infolge der ISP-Maßnahmen einen schrittweisen Abbau des bremischen BIP-Wachstumsrückstandes gegenüber dem übrigen (westlichen) Bundesgebiet. Aufzuholen ist dabei die **Differenz, die - ausgelöst durch verschärfte Strukturprobleme - im Zeitraum 1982/86 entstanden ist** und durch anschließende Gegensteuerung im Rahmen des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms (WAP) weitgehend konstant gehalten werden konnte.

Für das (westliche) Bundesgebiet wird - entsprechend der aktuellen Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums - davon ausgegangen, daß die reale BIP-Wachstumsrate 1995 2,5% und in den Folgejahren jeweils rd. 2,0% betragen wird. Durch ISP-Effekte soll das bremische BIP-Wachstum diesen Vergleichswert 1996 um 0,25%-Punkte, in den Folgejahren um jeweils zusätzlich 0,25%-Punkte und ab 2001 gleichbleibend um 1,5%-Punkte p.a. übersteigen.

b. Ergebnis

Aufgrund der massiven Wirtschaftsstrukturprobleme Mitte der achtziger Jahre stieg das (reale) Bruttoinlandsprodukt des Landes Bremen im Zeitraum 1982/94 um 17,9%, im (westlichen) Bundesgebiet insgesamt hingegen um 35,4%. Mit Realisierung des durch ISP-Maßnahmen angestrebten überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums würde es gelingen, diesen **Entwicklungsrückstand bis zum Jahre 2007 auszugleichen** (vgl. Abb. 1). Angesichts der notwendigen Intensität des vorgesehenen Aufholprozesses ist hierfür eine **konsequente Wachstumspolitik** und eine **hohe BIP-Wirksamkeit der ISP-Maßnahmen** erforderlich. Weitere Verzögerungen bei der Wiederannäherung an die bundesdurchschnittliche Entwicklung, die

eine ernsthafte Gefährdung der dauerhaften Haushaltssanierung darstellen würden, dürfen nicht eintreten.

2. Beschäftigungsentwicklung

a. Annahmen

Wirtschaftswachstum resultiert aus Veränderungen des Beschäftigungsvolumens und/oder der Produktivität. Reale Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes in der zur Bewältigung des Aufholprozesses notwendigen Größenordnung sind daher zwangsläufig direkt verknüpft mit der Schaffung eines entsprechenden Arbeitsplatzangebotes innerhalb der Landesgrenzen. Aus Korrelationsrechnungen ergibt sich der konkrete, erwartungsgemäß **hohe Zusammenhang der bremischen Beschäftigungsentwicklung mit dem Wirtschaftswachstum des Landes und des Bundesgebietes**. Es ist daher über diese Relation unmittelbar zu errechnen, welche Anzahl von Arbeitsplätzen erforderlich ist, um die Zielsetzung der ISP-Komponente des Sanierungsprogramms zu erfüllen.

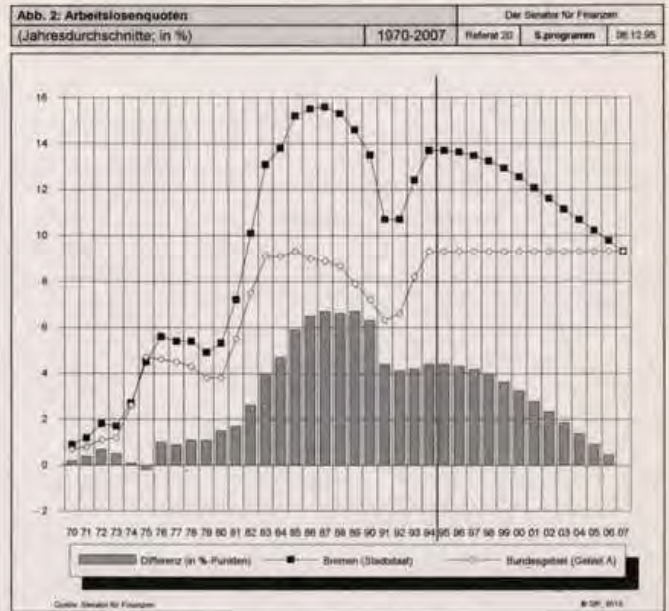
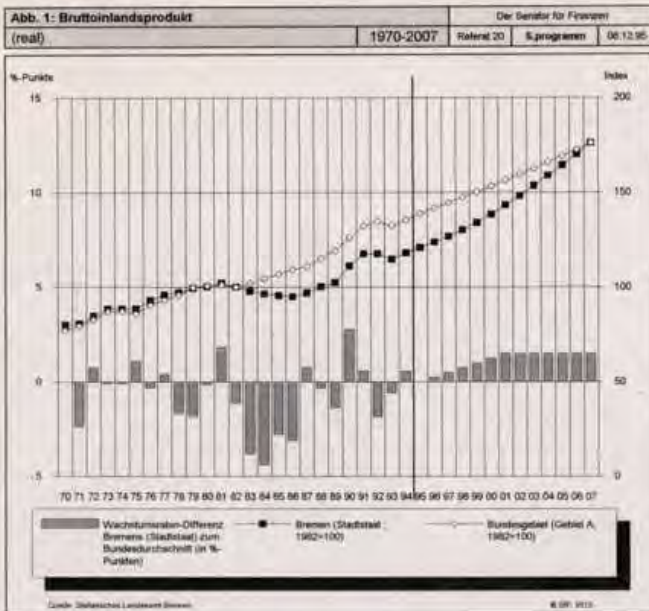
b. Ergebnis

Die Zahl der Beschäftigten im Lande Bremen lag 1994 bei knapp 359.000. Bei paralleler Entwicklung zum Wirtschaftswachstum des Bundesgebietes würde sich dieses Arbeitsplatzangebot bis zum Jahre 2007 um rd. 17.000 auf 376.000 erhöhen und damit etwa das Niveau vom Anfang der achtziger und neunziger Jahre erreichen. Mit Verwirklichung der ISP-Zielsetzungen wäre allerdings die Schaffung von **33.000 zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten** erforderlich. Dies bedeutet, daß zur Gewährleistung der Sanierungsziele innerhalb der nächsten 12 Jahre ein **Ausbau des bremischen Arbeitsplatzangebotes um über 50.000 (+ 14%) auf etwa 409.000 notwendig** ist. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, daß die Arbeitsplätze nur dann zur erforderlichen Stärkung der bremischen Wirtschafts- und Finanzkraft führen, wenn sie **innerhalb der Landesgrenzen** bereitgestellt werden.

3. Arbeitsmarkt

a. Annahmen

Ein derart deutlicher Anstieg des Arbeitsplatzangebotes führt zwangs-



läufig zu einer unmittelbaren Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes. Es ist allerdings nicht exakt quantifizierbar, in welchem Verhältnis neu entstehende Beschäftigungsmöglichkeiten durch zusätzliche Einwohner bzw. Pendler oder durch bremische Arbeitslose besetzt werden. Für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist daher eine Setzung vorzunehmen: Anzustreben ist, daß die bremische Arbeitsmarktlage - parallel zur Wirtschaftskraft- und Beschäftigungsentwicklung - im Sanierungszeitraum den Durchschnitt der alten Bundesländer erreicht, d.h., daß die **Arbeitslosenquote des Landes Bremen im Jahre 2007 dem Bundeswert entspricht**. Als Zielwert wird dabei die Arbeitslosenquote des Jahres 1994 unterstellt, da gegenläufige Einflußfaktoren (sinkende Zahl der Erwerbsfähigen; Zunahme der Beteiligung am Erwerbsleben) eine bundesweit relativ stabile Arbeitslosigkeit auf diesem Niveau als durchaus realistisch erscheinen lassen.

b. Ergebnis

Mit 13,7% fiel die Arbeitslosenquote des Landes Bremen im Jahre 1994 um 4,5%-Punkte höher aus als im Durchschnitt der übrigen (westlichen) Bundesländer (9,2%). Zur Erreichung des Bundesdurchschnittes ist es demnach erforderlich, die im Jahresdurchschnitt 1994 knapp **40.200 Arbeitslosen Bremens und Bremerhavens um rd. 13.200 zu verringern**. Unter der Annahme, daß der Abbau der regionalen Mehrarbeitslosigkeit dabei **proportional zu den Beschäftigungseffekten des ISP** erfolgt, ergibt sich für den Sanierungszeitraum die in **Abbildung 2**

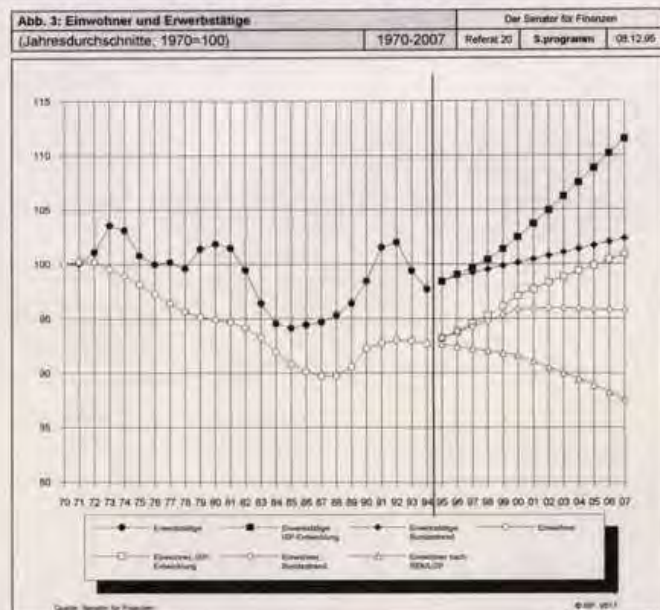
dargestellte Entwicklung der bremischen Arbeitslosenquote.

4. Einwohnerentwicklung

a. Annahmen

Unter dem Aspekt der Finanzkraftstärkung ist der Erhöhung der Einwohnerzahl aufgrund der Einnahmeeffekte mindestens der

gleiche Stellenwert wie der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze einzuräumen. Die massiven Einwohnerverluste der Vergangenheit - insbesondere an das niedersächsische Umland - haben entscheidend zur finanziellen Notlage des Landes beigetragen: Während einwohnerabhängige Steuereinnahmen mit stark zuneh-



ECKDATEN FÜR DAS LAND BREMEN		Der Senator für Finanzen	
Veränderungen im Zeitraum 1995/2007		Referenz 20	Sanierungsprogramm
			06.12.95
Gegenstand der Nachweisung		bei paralleler Entwicklung zum übrigen (alten) Bundesgebiet	bei Realisierung der Zielsetzungen des Sanierungsprogramms
Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen; real)	in %	+ 30,0	+ 49,3
Erwerbstätige	Anzahl	+ 17.000	+ 50.600
Arbeitslose	Anzahl	0	- 13.200
Einwohner	Anzahl	+ 22.200	+ 60.400
Gewerbeflächen (Netto-Bedarf)	ha	+ 110	+ 320
Wohnflächen (Netto-Bedarf)	ha	+ 210	+ 520
Wohnungen (Netto-Bedarf)	Anzahl	+ 11.300	+ 28.400
Steuerabhängige Mehreinnahmen (real)	Mio.DM	+ 150	+ 400

mender Tendenz verlorengehen, konzentrierten sich innerhalb der Landesgrenzen soziale Folgekosten einer steigenden Arbeitslosigkeit sowie Ausgabeverpflichtungen für oberzentrale Einrichtungen, arbeitsplatzschaffende Maßnahmen und dafür erforderliche Infrastrukturen.

Unter Sanierungsaspekten sind daher hinsichtlich der Einwohnerentwicklung zwei wesentliche Zielsetzungen zu formulieren: Einerseits muß es Bremen gelingen, die **für das (westliche) Bundesgebiet insgesamt prognostizierte Entwicklung** (8. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung) **mitzuvollziehen**. Andererseits müssen **zusätzliche Arbeitsplätze im Sanierungszeitraum** (einschließlich ISP-Effekte), die nicht dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen, zumindest im gleichen Verhältnis wie der bisherige Bestand **durch zusätzliche bremische Einwohner besetzt** werden. Weitere Zielsetzungen (insbesondere Reduzierung der Pendler-Quote) würden dementsprechend einen noch deutlicheren Anstieg der bremischen Bevölkerung erfordern.

b. Ergebnis

Die Einwohnerzahl des Landes Bremen lag Mitte 1994 bei rd. 682.000. Kann in den kommenden Jahren die **bundesdurchschnittliche Einwohnerentwicklung mitvollzogen** werden, d.h. verliert das Land nicht weitere Bevölkerungsanteile gegenüber dem übrigen Bundesgebiet, würde sich die bremische Einwohnerzahl **bis zum Jahre 2007 um etwa 22.000 auf rd. 704.000 erhöhen**. Aus den notwendigen Beschäftigungseffekten des Sanierungsprogramms ist allerdings ein erheblich höherer „Einwohnerbedarf“ abzuleiten: Bei unveränderter Pendler-Quote (rd. 30%) - d.h. immer noch steigender Pendlerzahl (+ rd. 15.000) - würde die **Besetzung des zusätzlichen ISP-bedingten Arbeitsplatzkontingents** im Sanierungszeitraum **rd. 38.000 zusätzliche bremische Einwohner** erfordern. Dies bedeutet, daß die Realisierung der Zielsetzungen des Sanierungsprogramms zu einer **Erhöhung der**

bremischen Einwohnerzahl um rd. 60.000 auf 743.000 führen muß, von denen - bei unveränderten Anteilsätzen - 600.000 (+ 49.000) auf die Stadt Bremen und knapp 143.000 (+ 11.000) auf Bremerhaven entfallen.

Abbildung 3 verdeutlicht

- einerseits die Erreichbarkeit dieser Zielwerte, da die Einwohnerzahl des Landes Bremen damit lediglich auf ein bereits Anfang der siebziger Jahre annähernd realisiertes Niveau ansteigen würde, und
- andererseits die dringende Aktualisierungsnotwendigkeit der auf kontinuierlichen Einwohnerrückgang angelegten Langfristigen Globalplanung (LGP) für das Land Bremen und des daraus abgeleiteten Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) für den Raum der Gemeinsamen Landesplanung mit dem niedersächsischen Umland.

5. Flächen- und Wohnungsbedarf

a. Annahmen

Aus den notwendigen Veränderungen der Beschäftigten- und Einwohnerzahlen resultieren unmittelbar deutlich erhöhte Flächenbedarfe für Gewerbe und Wohnbauten sowie erhebliche Mehranforderungen im Wohnungsbau. Bei den **Gewerbeflächen** ist aktuell im Lande Bremen ein durchschnittlicher Bedarf von knapp **63 qm pro Arbeitsplatz** (160 Beschäftigte/ha) zu verzeichnen, der einen rechnerischen Durchschnitt von flächenintensiveren produzierenden Unternehmen und verdichteteren Dienstleistungsarbeitsplätzen darstellt. Dieser für die Ermittlung der zusätzlichen ISP-Effekte zugrundegelegte Wert **berücksichtigt allerdings nicht den auch unabhängig von der konkreten Beschäftigungsentwicklung erheblich steigenden Grundbedarf** an Gewerbeflächen.

Bei der Berechnung der erforderlichen **Wohnbauflächen** ist - entspre-

chend den aktuell verfügbaren Strukturdaten für das Land Bremen - ein Flächenbedarf von **86 qm je Einwohner** (116 Einwohner/ha) anzusetzen. Für den Sanierungszeitraum wird unterstellt, daß ein vorhandener Trend zu mehr Wohnfläche je Einwohner durch geringere Grundstücksgrößen bei Wohnneubauten kompensiert wird, d.h. die einwohnerbezogene Inanspruchnahme von Wohnbaufläche nahezu unverändert bleibt. Dies setzt voraus, daß neben Wohnbauflächen für den Geschloßwohnungsbau auch in erheblichem Umfang Flächen für den Eigenheimbau ausgewiesen werden. Beim **Wohnungsbedarf** hat das Statistische Bundesamt für das Land Bremen einen Durchschnittsbetrag von **2,1 Einwohnern je Wohnung** ermittelt, der für den Sanierungszeitraum konstant fortgeschrieben wird.

b. Ergebnis

Bei einer zum Bundesgebiet parallel verlaufenden Beschäftigten- und Einwohnerentwicklung zeichnet sich ein **Netto-Gesamtflächenbedarf** von rd. 320 ha bis zum Jahr 2007 ab, der sich aus rd. 110 ha für Gewerbe und 210 ha für den Bau von ca. 11.300 zusätzlichen Wohnungen ergibt. Zur Verwirklichung der ISP-Zielsetzungen muß im gleichen Zeitraum ein **zusätzliches Flächenangebot von rund 840 ha** vorgehalten werden. Davon werden ca. **320 ha für Gewerbe** und **rd. 520 ha für den Bau von rd. 28.400 Wohnungen** - aufgrund der Umlandwanderungs-Problematik mit verstärktem Schwerpunkt im Eigenheimbau - benötigt.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß diese Ableitungen sowohl bei den Flächen- als auch bei den Wohnungsbedarfen reine **Netto-Betrachtungen** darstellen, d.h. Abgänge würden zu einer weiteren Erhöhung der erforderlichen Kapazitäten führen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß der **Gewerbeflächenbedarf** ausschließlich die unmittelbaren Mehranforderungen der ISP-bedingten Beschäftigungsentwicklung widerspiegelt, d.h. **nicht den tendentiell steigenden Grundbedarf** und die zur Vorhaltung

Walter Kattenbusch

gegr. 1910

Dacheindeckungen · Fassaden-Verkleidungen

BREMEN, Graf-Haeseler-Str. 106 · Postfach 11 04 27
Telefon 44 90 24 · Telefax 44 62 86

ENNO ROGGMANN

Holzimport

28199 Bremen · Gelsenkirchener Straße 25

Tel.: (04 21) 5 18 50 · Fax 51 85 50/51

Schnittholz aus aller Welt!

Sperrholz, Platten, Türen, Vertäfelungen

Katalog mit Lieferprogramm auf Anfrage

eines qualitativ und regional breiter gefächerten Angebotes **notwendigen Flächenreserven umfaßt**.

Angesichts der dargestellten Größenordnungen wird deutlich, daß eine **Neuaufgabe des Flächennutzungsplanes** für die Stadt Bremen unbedingt erforderlich ist. Während der Flächennutzungsplan 1965/67 noch von wachstumsorientierten Annahmen ausging (unterstelltes jährliches Wachstum bei den Erwerbstätigen um 1,2% und bei den Einwohnern um 1,1%), ist der derzeit gültige Flächennutzungsplan 1983 auf einen kontinuierlichen Schrumpfprozeß ausgerichtet (unterstellter jährlicher Rückgang bei den Erwerbstätigen um 0,2% und bei den Einwohnern um 1,1%) und dementsprechend mit den Anforderungen, die aus den Zielsetzungen des Sanierungsprogramms abzuleiten sind, nicht mehr vereinbar.

6. Haushaltseffekte

a. Annahmen

Einwohner- und Arbeitsplatzeffekte in der angestrebten Größenordnung führen zu nachhaltigen Veränderungen von Haushaltsstruktur und -volumen. Erst durch diesen Zusammenhang ergibt sich die Gesamtlogik des Investitionssonderprogramms, daß wirtschaftskraftstärkende Maßnahmen als zwingend notwendige Voraussetzungen zur Verbesserung der Finanzkraft definiert und über die aufgezeigten Mechanismen eine dauerhafte Sanierung der bremischen Haushalte gewährleisten soll.

Eine flächendeckende Quantifizierung von ISP-Effekten für Einnahmen- und Ausgabenseite ist dabei aufgrund der Vielzahl der zu berücksichtigenden

Wirkungszusammenhänge nur näherungsweise möglich. Im Rahmen der vorliegenden Modellrechnungen soll daher zunächst nur ein Eindruck über die Größenordnung der Veränderungen bei den **steuerabhängigen Einnahmen** gegeben werden, die unmittelbar und am nachvollziehbarsten auf Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklungen reagieren. Aus Modellrechnungen des Senators für Finanzen geht hervor, daß aktuell mit jedem **Arbeitsplatz** innerhalb der Stadtgebiete durchschnittlich rund **930 DM** und mit jedem **Einwohner** etwa **5900 DM an Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen** für das Land verbunden sind. Unter Ausklammerung weiterer, das Gesamtergebnis nicht nennenswert verändernder Differenzierungen (Umland-/Fernwanderung; Neuschaffung/Verlagerung etc.) sind dies die Beträge, auf deren Grundlage die Auswirkungen von Einwohner- und Beschäftigungsveränderungen für die bremischen Steuereinnahmen zu ermitteln sind.

Weitere haushaltsmäßige Effekte ergeben sich selbstverständlich auch bei den sonstigen Einnahmen (Gebühren, Zuweisungen, Zuschüsse etc.), die zum Teil in hohem Maße einwohner- bzw. arbeitsplatzabhängig sind. Auf der Ausgabenseite ist hingegen infolge steigender Beschäftigungs- und Bevölkerungskapazitäten ein erhöhter Finanzierungsbedarf für infrastrukturelle Voraussetzungen und Folgewirkungen (vgl. 5. und 7.) zu erwarten, der die Einnahmeeffekte allerdings deutlich unterschreitet. Gegenzurechnen sind diesen Mehrbedarfen, die aus einem Abbau der Arbeitslosigkeit resultierenden Kostenreduzierungen bei den Sozialleistungen und Arbeitsmarkt-Förderungsmaßnahmen.

b. Ergebnis

Gelingt es in den kommenden Jahren, bei der Beschäftigungs- und Bevölkerungsentwicklung den unterstellten Bundestrend mitzuvollziehen, würden die sich daraus ergebenden Bestandsveränderungen für das Land Bremen bis 2007 zu jährlichen Steuermehreinnahmen von rd. 147 Mio. DM führen, von denen 16 Mio. DM auf Arbeitsplatzeffekte und 131 Mio. DM auf den Anstieg der Einwohnerzahl zurückzuführen wären. Infolge der erwarteten **ISP-Effekte** würden sich diese Einnahmenseite nahezu verdreifachen. Mit Realisierung des angestrebten Wirtschaftswachstums **erhöhen sich die Steuereinnahmen der bremischen Gebietskörperschaften im Sanierungszeitraum auf bis zu 403 Mio DM p.a.**, von denen allein 356 Mio. DM auf den zur Umsetzung des ISP notwendigen Anstieg der Einwohnerzahl zurückzuführen sind. Gegenüber der „Normalentwicklung“ ergeben sich damit **ISP-abhängige Steuer-Mehreinnahmen von bis zu 257 Mio DM p.a.** (jeweils in Preisen von 1995, d.h. real).

7. Rahmenbedingungen/ Folgewirkungen

Es ist selbstverständlich, daß Kapazitätsveränderungen in der erforderlichen Größenordnung zu Konsequenzen für nahezu alle nachfrage- und angebotsorientierten Aufgabebereiche der öffentlichen Hand führen müssen. Von zentraler Bedeutung für die Absicherung des notwendigen Expansionskurses ist dabei - neben den bereits dargestellten Flächen- und Wohnungsbedarfen - vor allem eine **leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur**. Ein ausreichendes Wirtschaftswachstum wird ohne reibungslos funktionierende Wirtschaftsverkehre ebenso wenig erreichbar sein wie ohne flankieren-

Dyckerhoff & Widmann AG

Ihr Partner
in allen Baufragen

wir bauen auf Ideen

Niederlassung Bremen
Bennigsenstraße 2,4,6
28207 Bremen
Telefon 04 21 / 4 99 85-0

Betonwerk Syke
Am Ristedter Weg 4
28857 Syke
Telefon 0 42 42 / 5 96-0

 **DYWIDAG**

de Verbesserungen im Individualverkehr (PKW/ÖPNV). Aufgrund der bremsischen Defizite im Dienstleistungsgewerbe ist dabei insbesondere auch die Erreichbarkeit der Einzelhandelskapazitäten im Innenstadtbereich spürbar zu verbessern, deren Attraktivitätssteigerung einen zentralen Ansatzpunkt der wirtschaftskraftstärkenden Maßnahmen darstellen muß. Ebenfalls den erforderlichen Rahmenbedingungen eines konsequenten Wirtschaftswachstums zuzurechnen sind die **Kostenbelastungen der regionalen Unternehmen**. Der im Sanierungsprogramm angelegte, notwendige Aufholprozeß der bremsischen Wirtschaft darf durch die Gestaltung steuerlicher Belastungen (Hebesätze) und sonstiger Abgabensätze nicht beeinträchtigt bzw. gefährdet werden.

Zu den Folgewirkungen der Sanierungsziele gehören insbesondere **bedarfsgerechte Ausgestaltungen** der für die - deutlich erhöhte - Einwohnerzahl notwendigen **Angebote und Einrichtungen**. Bei der Quantifizierung dieser Bedarfe bildet die Berücksichtigung von Nachfragestrukturen (z. B. Altersstufen), Kapazitätsauslastungen bestehender Einrichtungen sowie aufgabenkritischen Leistungs- und Standardvergleichen mit anderen Ländern und Städten ein entscheidendes Kriterium.

8. Fazit

Werden die **Zielsetzungen des Sanierungsprogramms** ernst genommen, hat deren Realisierung in **verschiedenster Hinsicht massive Auswirkungen für das Land Bremen**. Die dabei zu berücksichtigenden logischen Zusammenhänge sind relativ einfach und nachvollziehbar:

1. Der **notwendige Aufholprozeß** gegenüber dem übrigen Bundesgebiet, der allein ein erneutes Abgleiten Bremens in eine Haushaltsnotlage nach Auslaufen der Sanierungsleistungen verhindern kann, ist **nicht ohne überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum realisierbar**. Die zu überbrückende Differenz ist beträchtlich, ein hoher wirtschafts- und finanzkraftstärkender Effekt der ISP-Maßnahmen daher unbedingt erforderlich.
2. Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum ist mit einer

spürbaren **Zunahme der Arbeitsplätze verbunden**. Da es unter Sanierungsaspekten von entscheidender Bedeutung ist, die **bremsische** Wirtschafts- und Finanzkraft zu stärken, müssen die erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze **innerhalb der Landesgrenzen** geschaffen werden.

3. Zusätzliche Arbeitsplätze entlasten einerseits den bremsischen Arbeitsmarkt, erfordern darüber hinaus allerdings auch eine weitere **Zunahme der Einwohnerzahl**. Ein Anwachsen der Bevölkerung **innerhalb der Landesgrenzen** ist aufgrund der **steuerlichen Effekte** wiederum von zentraler Bedeutung für die bremsischen Haushalte.
4. Eine deutliche Zunahme der Arbeitsplätze und Einwohner setzt die Bereitstellung entsprechender **Gewerbe- und Wohnbauflächen** sowie die Schaffung der erforderlichen **Wohnungen in Bremen und Bremerhaven** voraus. Die Flächennutzungspläne der beiden Gemeinden sind diesen Rahmendaten anzupassen.
5. Beschäftigungs- und Bevölkerungszunahme führen zu einer deutlichen **Erhöhung der steuerabhängigen Haushaltseinnahmen** sowie zu einer schrittweisen Besserstellung Bremens im Länderfinanzausgleich und damit zur Verwirklichung der zentralen Zielsetzungen der ISP-Komponente des Sanierungsprogramms. Mehreinnahmen und Reduzierungen der arbeitsmarktbedingten Folgekosten ermöglichen wiederum eine **erhöhte Deckungsquote** der bremsischen Haushalte und erleichtern die **Erbringung des** im Rahmen der

Sanierungsvereinbarung festgeschriebenen **Eigenbeitrages** des Landes.

Im vorliegenden Papier wurde der Versuch unternommen, diese Zusammenhänge näherungsweise zu quantifizieren (vgl. **Tabelle**). Dabei wurde bewußt auf durchaus mögliche weitere Differenzierungen verzichtet, da vorrangiges Anliegen ist, zunächst einmal Vorstellungen über die erforderliche Größenordnung verschiedener, aus den Zielsetzungen des Sanierungsprogramms abzuleitender Effekte zu ermöglichen. Detailliertere Betrachtungen müssen einer Aktualisierung der bremsischen Langfristigen Globalplanung (LGP) vorbehalten bleiben.

Unter diesen Voraussetzungen bedeutet die Umsetzung der ISP-Komponente des Sanierungsprogramms für das Land Bremen, daß in den kommenden 12 Jahren

- die Zahl der Arbeitsplätze um rd. 50.000 (+ 1,0% p.a.)
- die Zahl der Einwohner um rd. 60.000 (+ 0,7% p.a.)
- die Gewerbefläche um 320 Hektar über den normalen Grundbedarf hinaus und
- die Zahl der verfügbaren Wohnungen (netto) um rd. 28.400 (Flächenbedarf: 520 Hektar)

zu erhöhen ist. Erreichbar wären damit

- die Angleichung der bremsischen Arbeitsmarktlage an den Bundesdurchschnitt sowie
- steuerabhängige Mehreinnahmen von bis zu 400 Mio DM p.a. (real).

04 21 / 39 006 - 0

Hohweg 5 · 28219 Bremen



Fenster aus Holz, Kunststoff und Aluminium,
Rolläden, Wintergärten, Haustür-Anlagen

Reparatur-Schnelldienst rund um die Uhr

Bremen im Umbruch

Unter diesem Motto haben wir im letzten Heft über die im Gang befindlichen Veränderungen und Entwicklungen rund um den Hauptbahnhof Bremen berichtet. Dazu wäre noch nachzutragen, daß mit den Bauarbeiten für das CinemaxX im Frühjahr 1996 begonnen werden soll.

In diesem Heft veröffentlichen wir Beiträge zu den Neubauten der Bremer Landesbank, der Deutschen Bank und der Wallüberdachung. In dem Zusammenhang verweisen wir auf den Bericht über das Café auf dem Domshof in Heft 2/94.

Damit wird das Einkaufsgebiet in der Innenstadt von der Sögestraße über die Katharinenstraße und die Passage Deutsche Bank bis zum Wall in einem Maße erweitert, wie es einmalig und erstmalig seit Kriegsende war.

Die Redaktion

Der Wall – eine feine Adresse

Gundel Große Halbuer

Mit der Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der Wallüberdachung wird am Wall ein Zeichen gesetzt.

„Alte Zeiten“:

Tatsächlich kann sich keine Straße rühmen, in der Vergangenheit so bedeutsam gewesen zu sein.

Der Wall erinnert einerseits an die Bastionen um die Altstadt zum Schutz der Bürger, andererseits an die vielgerühmten Grünanlagen als Nachfolger der Festungswerke.

Eine erste feine Adresse für die Betuchten und in der Kaiserzeit die beginnende Geschäftsstraße, bereichert durch Cafés, Damen- und Herrenschneider und das Theater in den Wallanlagen.

Die zwanziger und dreißiger Jahre: der Wall, belebt von früh bis spät. Ein Einkaufsparadies und Treffpunkt für Leute ohne Eile.

(Zitat aus „Geschichten vom Wall“ von Günther Obitz)

„schlechtere Zeiten...“:

Der Wall geriet durch die Aufwertung des Innenstadtbereiches neben seiner geographischen Lage auch wirtschaftlich in eine Randlage.

Geschäftsinhaber fürchteten zunehmend um ihre Existenz, weil die Sogwirkung der City, nicht zuletzt durch die umgestaltete Lloyd-Passage, die Stadtbesucher weiter in die Innenstadt führte.

Die City-Händler, an ständiger Attraktivitätssteigerung ihrer Lage orientiert, ließen die Wallanlieger um einen weiteren Fall ihrer Straße fürchten.

Immer mehr Büros und Banken interessierten sich für den Wall als Standort in City-Nähe und perforierten die historisch gewachsene Geschäftsstruktur. Die Einzelhändler wurden zu Einzel-Händlern.

Der Fußgängerstrom vom Bahnhof Richtung City floß am Wall vorbei, die schlechte Wind- und Wetterlage des Walls ließ fast ausschließlich zielgerichtetes Einkaufen aufkommen.

Die Wall-Gesellschaft

Um die Aufenthaltsqualität für den Kaufinteressenten zu erhöhen und um die frühere gute Lage wiederzuerlangen, entstand der Gedanke der Revitalisierung der alten Geschäftsstraße unter folgenden Aspekten:

– Zusammenschluß der Händler mit dem Ziel der Werbegemeinschaft und einer geschlossenen Präsentation ihres hochwertigen Fachhandelsangebotes.

– Umsatzsteigerung und wirtschaftliche Entwicklung durch eine Architektur, die gestaltetes Ambiente mit Aufenthaltsangebot ermöglicht.

Die vorgenannten Überlegungen entstanden 1985 mit der Idee, neben einer einheitlichen Präsentation der Geschäfte dem Kunden einen Wind- und Wetterchutz zu bieten.

Der Erfolg bereits entstandener Passagen ließ den Wunsch nach einer Glasüberdachung aufkommen.

Schwierige Ausgangslage

Die städtebaulich schwierige Lage, das architektonisch vielfältige Erscheinungsbild mit seinen ungeordneten Werbeschriftzügen und den im Laufe der Jahre entstandenen Umbausünden erforderten eine integrative Lösung unter Einbeziehung der folgenden Problemsituationen:

- Wall-Topographie
Höhendifferenzen im Gehsteigverlauf bis zu 5,00 m
- Gekrümmter Straßenverlauf
- Historisch gewachsener Straßenverlauf

mit wechselnden Stilepochen und deren Auswirkung auf Fassadengestaltung und Geschoßhöhen

– Individuelle Umbauten innerhalb der Geschäftslagen; Einplanung vorh. Galerien und Zwischengeschosse, Entlüftungen und Klimaanlage etc.

– Rücksichtnahme auf denkmalgeschützte Teilbereiche

– Abstimmung der notwendigen Stützfundamente mit den Leitungsträgern und Einplanung des vorh. Versorgungsnetzes (Gas, Wasser, Elt., Abwasser, Telekom)

Daß die o. g. Planungsaufgabe unter den Rahmenbedingungen einer privaten Maßnahme auf öffentlichem Grund stand, erforderte viele Abstimmungspunkte mit unterschiedlichen Behörden, die alle berücksichtigt werden wollten. Aufgrund des großen Umfangs der Baumaßnahme über ca. 500 lfdm. mit zahl-



reichen Eigentümern und über 40 Anliegern entstand eine große Bauherrengemeinschaft unterschiedlichster Zusammensetzung und entsprechend differenzierten Wünschen und Möglichkeiten.

Hinzu kam, daß bereits zwei teilweise genehmigungsreife Planungen anderer Architekten vorlagen, die zu Beginn der aktuellen Planung nur einen begrenzten Gestaltungsraum zuließen.

...und das Ergebnis:

Entgegen vorangegangener Überlegungen, die geplante Konstruktion an den Fassaden zu befestigen, zeigte sich aufgrund eines neu gesetzten, erweiterten Gestaltungsrahmens, daß eine fassadenunabhängige Lösung architektonisch überzeugender ist.

Die unterschiedlichsten Rahmenbedingungen wie die geforderte hochwertige Gestaltung, Wirtschaftlichkeit, statische- und baugesetzliche Vorgaben bedingten ein filigranes, wiederholbares Regelfachwerk, ohne Bezug auf Fassadenachsen der anliegenden Häuser.

Grundlage für die bauliche Umsetzung war ein Katalog von Detailpunkten, der für die gesamte Baumaßnahme eine ökonomische und rationelle Montage ermöglichen sollte.

Das Ziel war eine schlichte Architektur, die durch die Wahl des Werkstoffes Ästhetik und Eleganz in Bezug zur historischen Substanz setzen sollte.

Nicht nur aus diesem Grund fiel die Wahl auf Edelstahl rostfrei.

Auf eine stabile Höhenentwicklung der Überdachung in Bezug auf die Walltopographie wurde Wert gelegt. Lediglich Knickpunkte und Versprünge wurden konstruktiv angepaßt.

Entgegen der sonst üblichen Verarbeitung von Stahl, sichtbar mit notwendiger Technik, Material und Detaillösungen umzugehen, wurden bei der gewählten Konstruktion statische und konstruktive Verbindungspunkte und Materialverstärkungen weitgehend „unsichtbar“ verarbeitet.

Um keine dominierende Wirkung des Vordaches gegenüber den bestehenden Fassaden aufkommen zu lassen, wurde auf eine zurückhaltende Ausführung der Technik Wert gelegt.

Unter Berücksichtigung der Ensemblewirkung des Straßenzuges entstand bei der Entwicklung der Stahlkonstruktion eine Figur, die im Zusammenspiel der einzelnen Elemente den Charakter des Ensembles aufnimmt und unterstützt.

Der Boulevard

Um den Aufenthaltswert des Straßenzuges für den Besucher zu steigern, Versorgung mit Freizeitaktivität zu koppeln, wurden ergänzende Maßnahmen neben der Erstellung einer Überdachung notwendig:

- Neugestaltung des Bürgersteigbereiches mit Flaniermöglichkeit
- Planung von Café-Bereichen
- Abstimmung von öffentlicher und privater Beleuchtung
- ein neues einheitliches Werbekonzept, den gemeinsamen Präsentationsgedanken dokumentierend.

Die Neuordnung des Straßenzuges mit besserer Anbindung an die Grünanlagen soll durch den Einbau einer Treppenanlage im Bereich Bischofsnadel eine neue Wegverbindung schaffen.

Die Lage der öffentlichen Beleuchtung wurde geändert, um in den Abendstunden neben dem Verkehrsraum auch den Grüngürtel aufzuhellen und in den Gestaltungsraum einzubinden. Die Längsorientierung des Straßenzuges wird durch den Einbau eines farbigen Lichtbandes im Vordach unterstützt und verstärkt. Die vorhandenen Poller wurden durch neue ersetzt und die Verlegung des Pflasters auf den Verlauf der Konstruktionselemente abgestimmt.

...die technischen Daten:

Ausladung

3,50 m Gesamtbreite bei durchschnittlicher Höhenentwicklung im oberen Dachkantenbereich um ca. 4,30 m.



Konstruktion

Edelstahltragwerk mit Glaseindeckung auf Stützensystem, eingebunden in Einzelfundamenten gemäß Statik

Stützen

Stützenweiten 6,00 m, Abstand aus konstruktiven Gründen teilweise reduziert; Stützenquerschnitt ca. 22 cm.

Dachneigung

15°

Glasfelder

Rasterfelder aus VSG 16 mm Verbund-sicherheitsglas mit Punktraster auf Sparren, Klemmprofile aus Edelstahl, Absturz-sicherung durch Abrutschbacken und verschraubte Profile.

Farbe / Ausführung

Konstruktion aus nichtrostendem Stahl



der Güteklasse 1.4401, Oberfläche gebürstet

Entwässerung

Das anfallende Regenwasser wird über die gesamte Dachfläche entwässert. Eine Einleitung in die öffentliche Kanalisation erfolgt nicht

Beleuchtung

Die Konstruktion wird im Verlauf des Unterzuges durch ein begleitendes farbiges Neonband betont

Moderne Zeiten:

Zukünftig soll der Privatinitiative der Anlieger die Möglichkeit gegeben werden, auf dem Boulevard Aktivitäten durchzuführen. Hierbei können saisonale Höhepunkte wie Freimarkt, Oster- und Weihnachtsmärkte ebenso Berücksichtigung finden wie individuelle Aktionen einzelner Geschäftsleute!

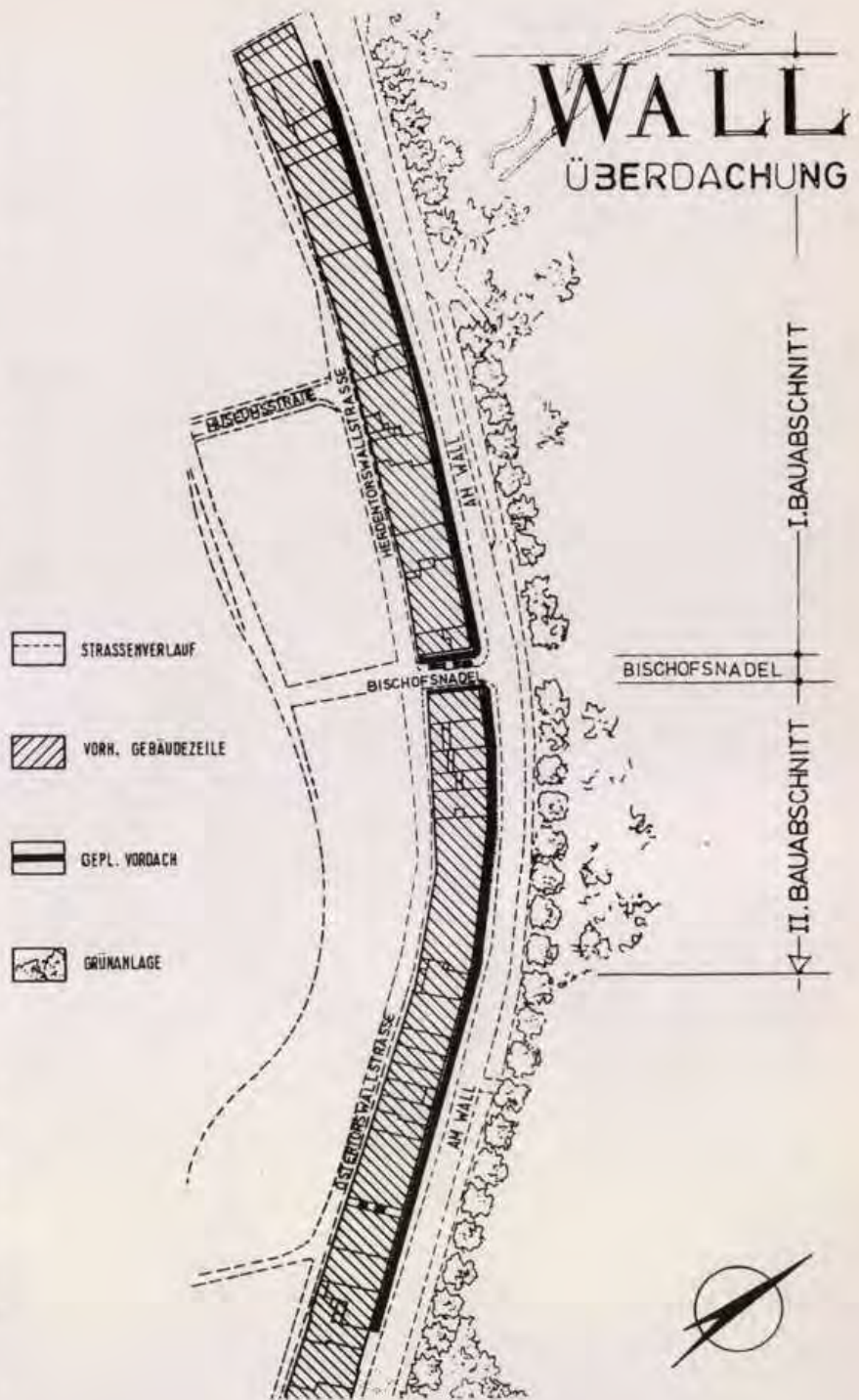
Mit der Überdachung entstand ein Raum mit impulsgebender Wirkung für den Stadtbesucher zum Verweilen, Flanieren, Treffen und Sitzen.

Aufgrund der Lage des Walls, seiner einseitigen Bebauung, der angrenzenden Straße mit Parkanlage und dem daraus resultierenden Miteinander von Straßenverkehr, Flaniermeile und Grünanlage entsteht hier ursprüngliches Stadtleben in komprimierter Form. Passagen entbehren oft jenes typisch städtische Durcheinander, das Aufeinanderprallen von optischen und akustischen Gegensätzen, was wir am Wall vorfinden.

Der Gedanke, Schutz gegen das Wetter zu bieten, kann für eine Stadt von erheblichem Wert sein.

Die von den Wallanliegern realisierte Aufwertung ihrer Geschäftsstraße soll Besucher einladen, die nicht nur Konsumenten sein wollen, sondern den innerstädtischen Raum als Markt, als Aufenthaltsort oder als Freizeitziel wiederentdeckt haben.

Die Überdachung des Wall-Boulevards stellt in Verbindung mit den zusätzlichen Baumaßnahmen in der Innenstadt ein wichtiges Bindeglied für die geplante Wegführung dar.



LAGEPLAN

(ohne Maßstab)

OTTO BOLLHAGEN
Malereibetrieb

Otto Bollhagen GmbH & Co.
 Karl-Bücher-Straße 5
 28307 Bremen
 Tel. 48 79 07 - Fax 48 88 22

Neubau der Bremer Landesbank Impulse für die Bremer Innenstadt

Ewald Brune

Der Neubau der Bremer Landesbank im Katharinenquartier ist ein wichtiger Impuls für die Bremer Innenstadt.

Für Bremen ist es ein glücklicher Zufall, daß die Bremer Landesbank als engagierter und verantwortungsvoller Bauherr das frühere Astoria Gebäude mit dem Remmer-Keller von der Becks-Gruppe erworben hat. Die Bremer Landesbank setzt mit ihrem Neubau einen wichtigen Akzent für die Bremer Innenstadt und im besonderen für das Katharinenquartier.

Unsere Bremer Innenstadt ist von ihrer Struktur kompakter als die anderer vergleichbarer Städte. Große Galerien, wie wir sie aus Hamburg oder Düsseldorf kennen, lassen sich somit nur schwer in die vorhandene Struktur der Bremer Innenstadt einfügen. Um mit dem Angebot des Umlandes und anderer Städte konkurrieren zu können, müssen wir die Attraktivität der Innenstadt steigern.

Eine attraktive Innenstadt ist ein Stück Lebensqualität, fördert den Umsatz im Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe und sichert wertvolle Arbeitsplätze. Es ist daher das Ziel der gemeinsamen Initiative engagierter Bremer Unternehmer und der Stadt Bremen, die Attraktivität zu steigern und unsere Innenstadt zu beleben.

Die Lloyd-Passage sowie die Neugestaltung des Unser Lieben Frauen Kirchhofes sind erfolgreiche Beiträge für die Belebung der Innenstadt. Die geplanten und im Bau befindlichen Projekte, die Überdachung des Walls und des Katharinenklosterhofes, die Deutsche Bank-Passage und der Neubau der Bremer Landesbank, sind Kernbeiträge der gemeinsamen Initiative.

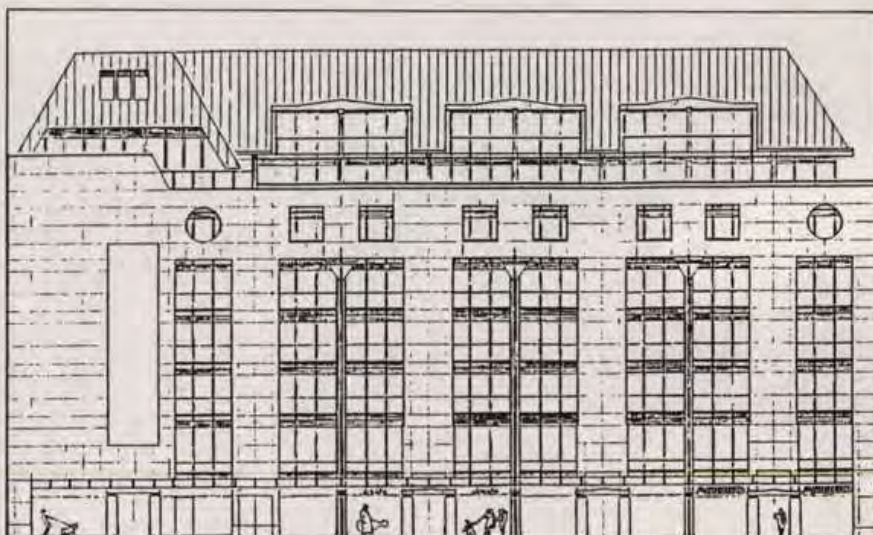
Dem Engagement der Bremer Landesbank fällt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Mit ihrem Neubau erstellt die Bremer Landesbank nicht nur 4.500 m² neue Verkaufsfläche sowie 7.300 m² neue Bürofläche im Kerngebiet der Innenstadt, sondern engagiert sich darüber hinaus in der Umgestaltung des Katharinenklosterhofes, der Katharinenstraße sowie der Neugestaltung der

Queerenstraße. Außerdem stellt die Bremer Landesbank 600 m² Verkaufsfläche in ihrem Stammgebäude zur Verfügung.

Als Architekt bin ich mir der besonderen Verantwortung des Bauens im Stadtkernbereich bewußt. Bei der Gestaltung des Neubaus der Bremer Landesbank orientieren wir uns an der umgebenden Bebauung. Das Bremer Rathaus, die Bürgerschaft, Schütting sowie der Marktplatz sind Maßstab für die Gestaltung und Volumen des neuen Gebäudes.

Der Neubau der Bremer Landesbank wird in konstruktiven Dialog mit der umgebenden Bebauung treten. So haben wir uns zum Beispiel mit der Höhenentwicklung des neuen Gebäudes an der vorhandenen Bebauung orientiert, indem wir den höchsten Punkt der Queerenstraße aufgenommen haben und zur Seite der Sögestraße herab stufen.

Die traditionelle Bremer Architektur hat immer auf das Prinzip der kleinen, teilbaren Grundstücke gebaut. Diese Bau-



Ansicht Katharinenstraße



Ansicht Sögestraße

weise kann man auch heute noch an der Sögestraße oder am Wall ablesen, und letztlich ist auch das Bremer Haus eine kleine Parzellierung. Dieses Thema der Gliederung habe ich in der Fassade durch die bewußte Wahl der Elemente wieder aufgenommen. Es ist das gestalterische Ziel, die Maßstablichkeit der Sögestraße in den Neubau zu übersetzen.

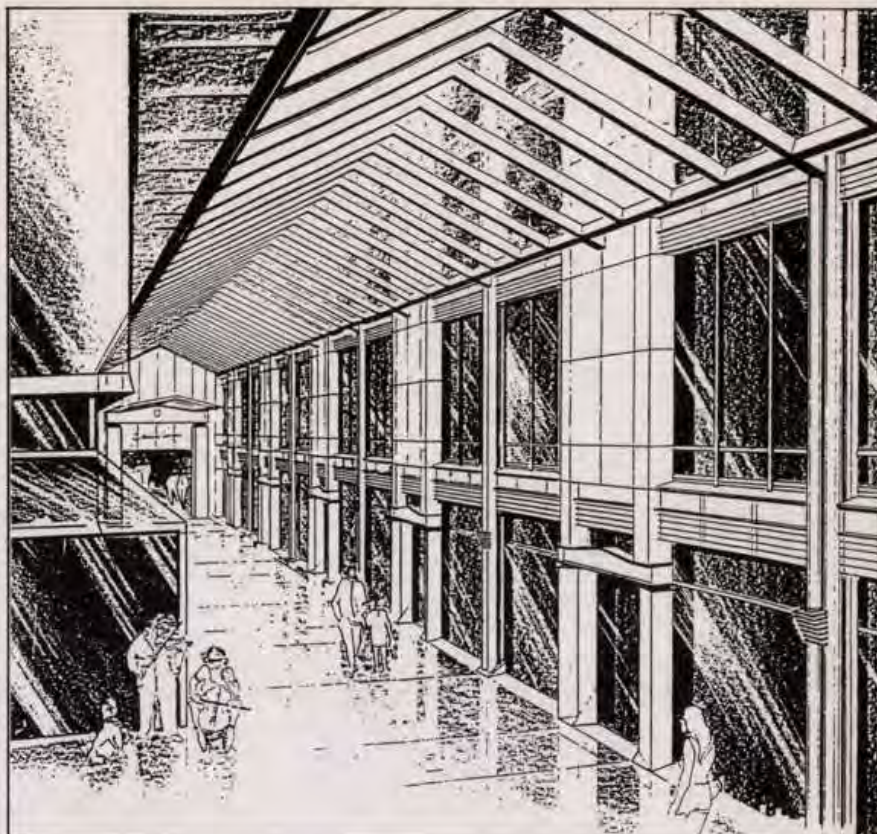
Eine besondere Bedeutung fällt dem Bau der Glasüberdachung sowie der Neugestaltung der Katharinenstraße und der Queerenstraße zu. Die Glaspassage wird nicht nur den Katharinenklosterhof aufwerten, sondern ermöglicht auch dem Fußgänger, trockenen Fußes von der Sögestraße über die Katharinenstraße zum Domshof zu gelangen. Die Queerenstraße wird mit ihrem attraktiven Nutzungsprofil (geplant ist ein Themen-Restaurant) das Angebot der Innenstadt bereichern und das Engagement im Katharinenquartier erfolgreich abrunden.

Noch ein Wort zum konstruktiven Teil des Projektes. Es ist ein besonderer Wunsch des Bauherren, daß die durch die Baumaßnahme verbundenen Belastungen für die Innenstadt so gering wie möglich gehalten werden.

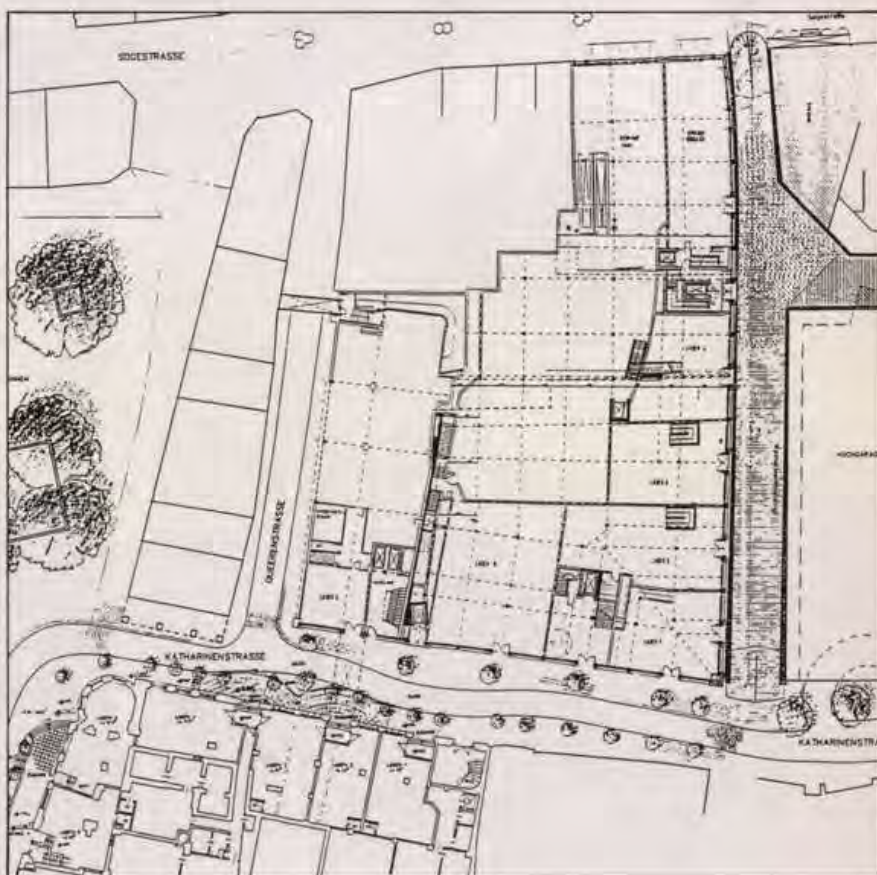
In enger Zusammenarbeit mit dem Stadtamt haben wir eine logistische Lösung erarbeitet, die den Baustellenverkehr auf ein Minimum reduziert. Im konstruktiven Bereich zum Beispiel wird ein Großteil des Gebäudes in Fertigteilbauweise produziert und auf der Baustelle nur noch montiert. Diese Bauweise ist im Vergleich zur herkömmlichen Bauweise etwas teurer, doch wird so die Länge der Bauzeit sowie die Lärmbelastung vor Ort auf das absolut nötige Minimum reduziert.

Hierfür war eine sehr intensive Vorplanung erforderlich, und ich bin sehr froh, daß bis zum heutigen Tag keine Lärmbeschwerden der Nachbarschaft an den Bauherren herangetreten wurden. Es ist und bleibt unser Bestreben, die Belastung für die Innenstadt auch in den kommenden Bauphasen unseres Projektes so gering wie möglich zu halten.

Zum Schluß möchte ich meiner Bauherrin, der Bremer Landesbank, danken für ihren Mut zur Entscheidung ihres Neubaus, womit sie den Grundstein für ein neues Katharinenquartier gelegt und einen Meilenstein für die Zukunft der Innenstadt in Bremen gesetzt hat.



Überdachung Katharinenklosterhof



Übersicht über die Liegenschaften

Umbau- und Neubau Deutsche Bank Bremen

Architekten BDA Dipl. Ing. Haslob – Hartlich + Partner

Städtebauliche Situation

Der Bereich der Deutschen Bank am Domshof / Katharinenstraße liegt in zentraler Innenstadtlage zwischen zwei Hauptfußgängerachsen zur Stadtmitte:

- vom Hauptbahnhof zur Sögestraße / Stadtmitte
- vom Park- und Rembertiviertel zum Domshof / Stadtmitte

Das Gebiet zwischen Sögestraße und Domshof ist insbesondere durch fehlende Querverbindungen gekennzeichnet; die Anbindung über den Schlüsselkorb / Katharinenpassage ist durch eine umständliche Wegführung erschwert.

Der Einzelhandelsbesatz im Bereich Schlüsselkorb / Wall / Bischofsnadel leidet unter fehlenden Rundwegen zwischen Sögestraße und Domshof.

Das Rundwegsystem wird unterstützt durch Überlegungen seitens der Stadt und verschiedener Anlieger,

- im Zusammenhang mit dem Neubau Bremer Landesbank eine Überdachung Katharinenklosterhof zu entwickeln
- die Erdgeschoßzonen von Bankgebäuden an der Museumsstraße und an der Nordseite Domshof durch Einzelhandel teilweise umzustrukturieren
- auf der Nordseite des Domshofes über der Abfahrt Tiefgarage ein Café / Bistro zu errichten.

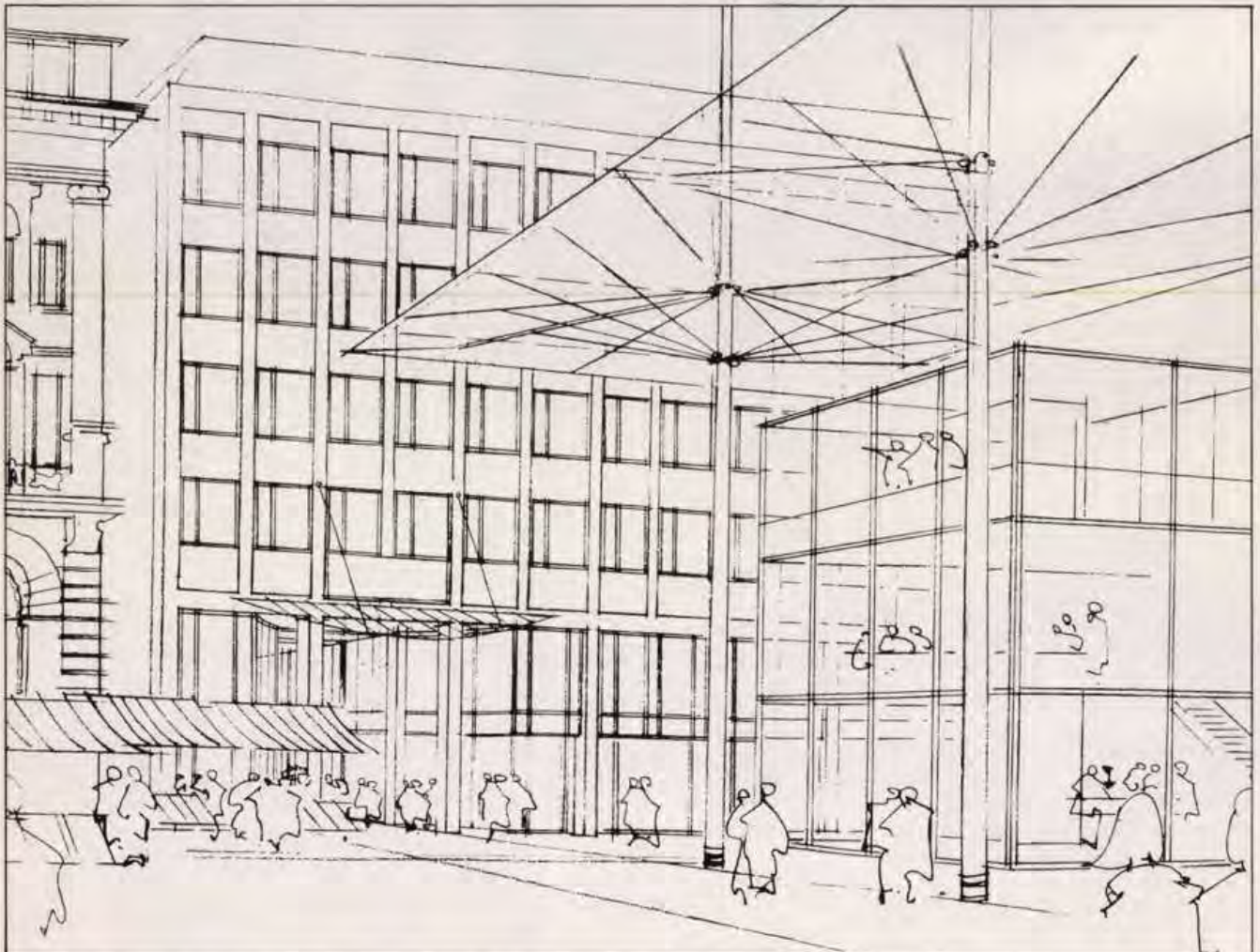
Die Umstrukturierung im Bereich Deutsche Bank hat folgende Ziele:

- Neuordnung der Bankbereiche im Erdgeschoß, insbesondere Verkleinerung der Kundenhalle

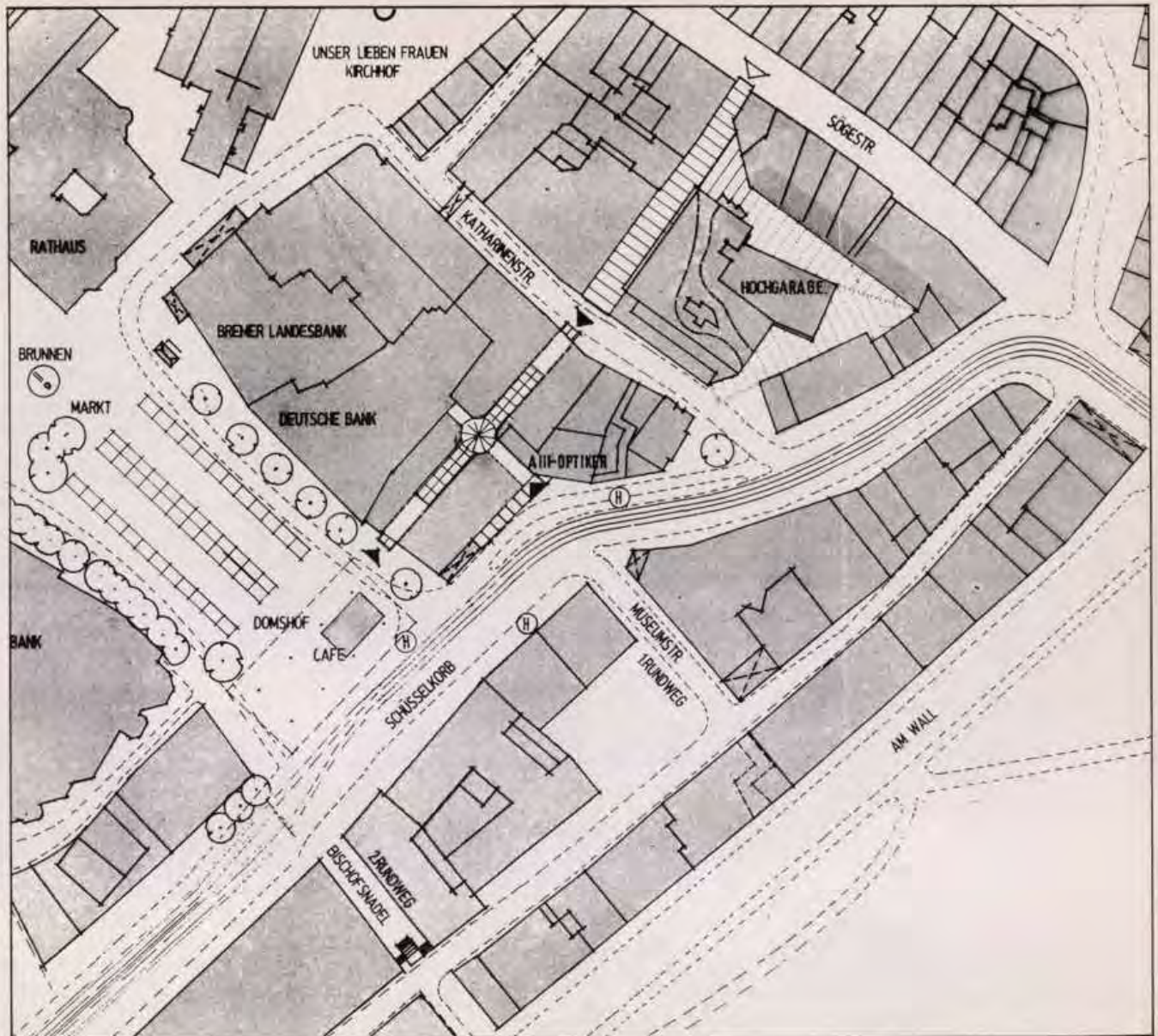
– Funktionsfähige Bürobereiche in den Obergeschossen

- Schaffung von fremdvermietbaren Gebäudeteilen, Flexibilität in der Nutzung der verschiedenen Gebäudeteile
- direkte fußläufige Verbindung zwischen Domshof, Katharinenklosterhof und Sögestraße in Form einer Passage mit Einzelhandelsgeschäften
- Einbindung in ein Rundwegsystem unter Einbeziehung Wall mit
 - a) einem kleinen Rundweg: Wall / Harms – Museumsstraße – Schlüsselkorb und Domshof-Passage – Sögestraße
 - b) einem großen Rundweg: Wall – Bischofsnadel – Domshof mit Markt und Café – Domshof-Passage – Katharinenklosterhof – Sögestraße

Die Summe all dieser Überlegungen – insbesondere im Zusammenhang mit der Domshof-Passage der Deutschen Bank – führt zu einer neuen Stadtqualität im Be-



Blick vom Domshof auf Passageneingang - mit Domshofcafé



Lageplan

reich Altstadtquartier zwischen Domshof und Sögestraße.

Bankgebäude

Erdgeschoß:

Das Erdgeschoß mit der Kundenhalle erhält einen großzügigen Zugang mit Behindertenaufzug im Bereich Domshof; eine weitere Anbindung erfolgt über die Rotunde der Passage.

Die Kundenhalle wird über ein großes Oberlicht – Wiederherstellung der ursprünglichen Situation – belichtet und ist im Zentrum zweigeschossig mit einem umlaufenden Galeriegeschoß (Ebene +1).

Obergeschosse:

Wichtigster Ansatz der Neukonzeption ist eine übersichtliche Erschließung. Hierfür wird eine Achse mit einer

kammartigen Erschließung der Büros entlang der Rückwand zur Landesbank entwickelt, die alle Bereiche miteinander verbindet und mit Aufzügen und Treppenhäusern sowie den technischen Vertikalschächten das Rückgrat des zukünftigen Gebäudes bildet.

Die Büroräume sind auf einem Achsraster von 1,25 m aufgebaut und überwiegend natürlich belichtet und belüftet. Die Technik wird im Dachgeschoß (Ebene +7) untergebracht.

Untergeschoß:

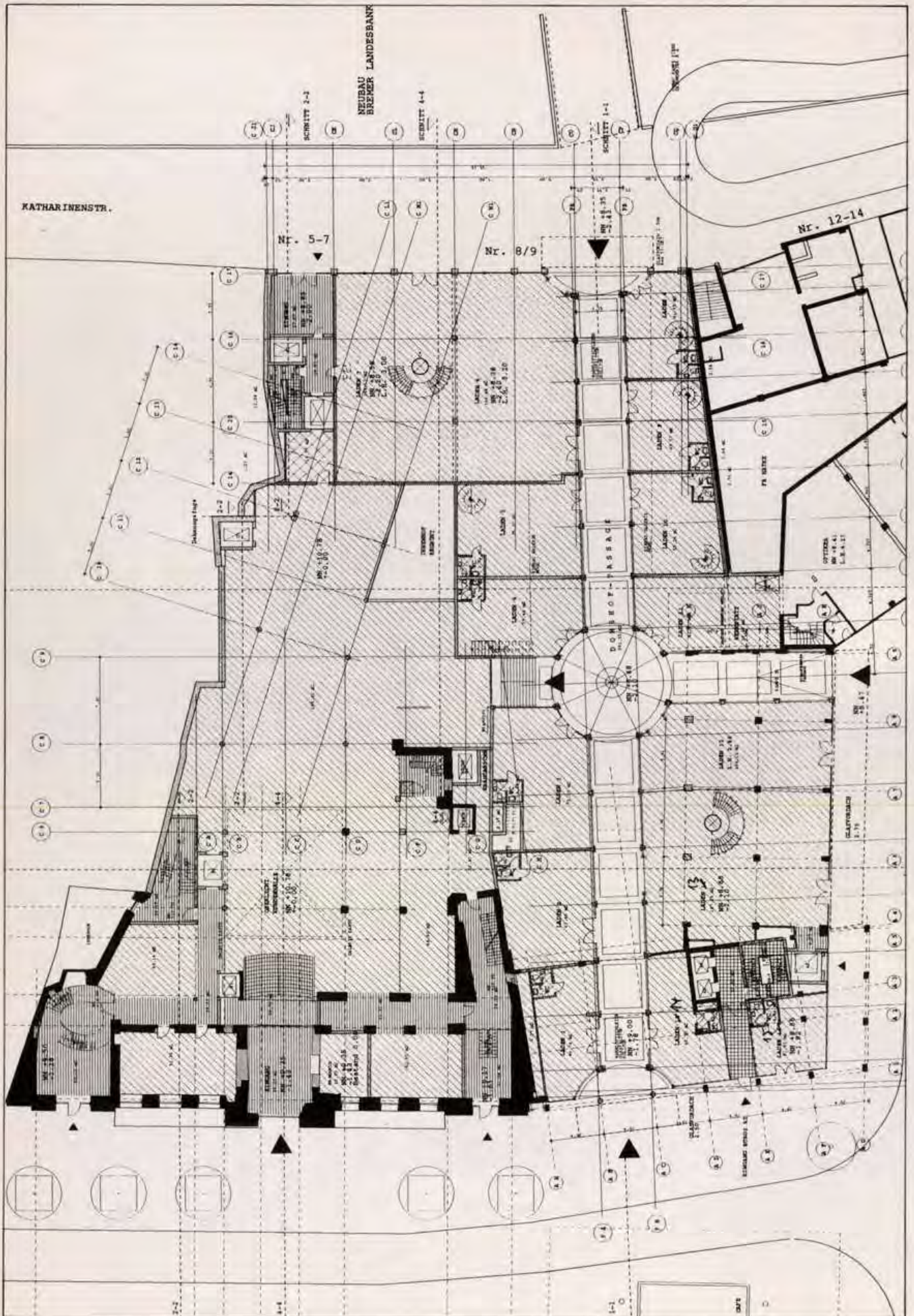
Die Erschließung des Untergeschosses erfolgt zukünftig über die Abfahrt Katharinenstraße. Im Untergeschoß werden Parkplätze, Fahrräder sowie Geldanlieferung und die Ver- und Entsorgung angeordnet.

Für das Personal steht sowohl der Eingang Domshof als auch der Zugang Katharinenstraße 5-7 zur Verfügung. Duschen, Umkleiden und Garderoben werden an der Verkehrsachse in B 1 im Untergeschoß vorgesehen.

Das Bürogebäude A 1 am Schüsselkorb nimmt in den unteren Ebenen -2 bis +1 Einzelhandelsnutzungen der Passage auf, die Ebenen +2 bis +6 sind für Fremdvermietung Büronutzung / Nebenräume und Technik vorgesehen.

Gestaltung

Die unter Denkmalschutz stehende Fassade erhält ihre ursprünglichen Seiteneingänge rechts und links wieder zurück. Die Fenster werden in ihrem Material als Holzfenster erneuert, in Verbindung damit wird der Sonnenschutz in Form



von Markisolekten eventuell unter Aufnahme der ursprünglichen Körbe neu installiert.

Im Bereich Domshof und evtl. Schüsselkorb wird ein ca. 0,75 m vor der Fassade liegender Lamellensonnenschutz mit einer transparent gestalteten Haltekonstruktion aus schlanken Stahlprofilen vorgesehen. Die bronzenen Fensterelemente bleiben erhalten, wobei das Glas gegen ein Wärmeschutzglas mit einem k-Wert von 1,3 ausgetauscht wird. Die Fassade Katharinenstraße wird bestimmt durch das Material Sandstein, das die Passage sowie das Gebäude A 1 – Schüsselkorb – bestimmt. In Verbindung damit sind sichtbare Stahlkonstruktionen sowie große Glasflächen im Bereich der Einzelhandelsflächen vorgesehen.

Domshof-Passage

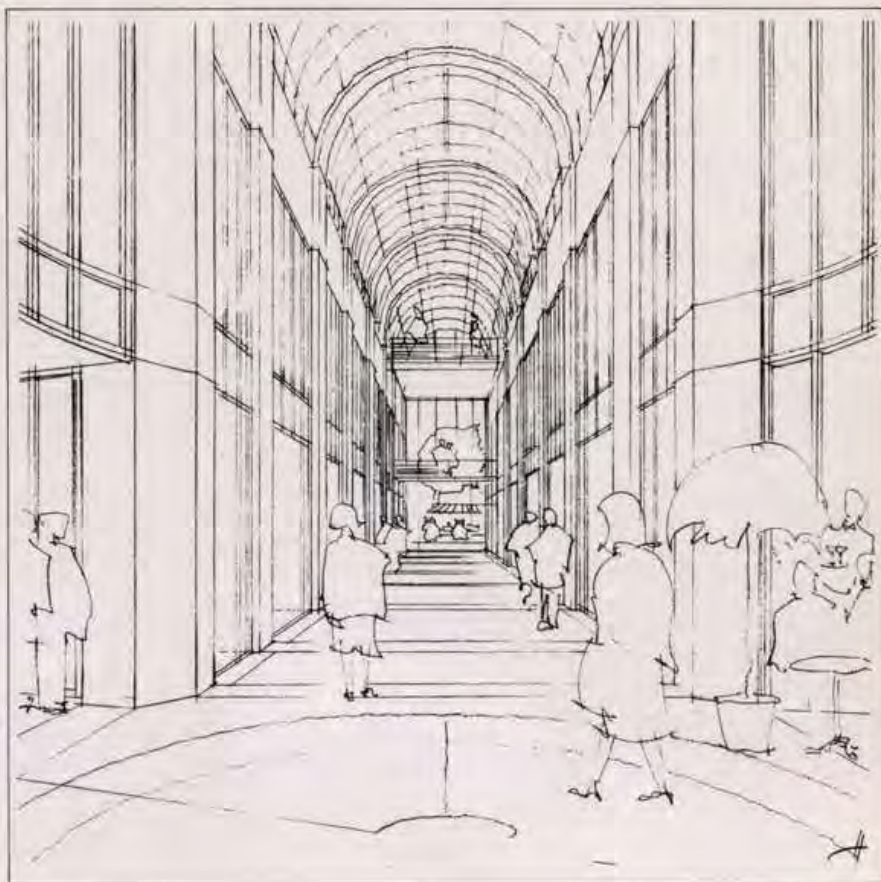
Die Passage verbindet in direkter Linie den Domshof mit der Katharinenstraße. Der Schüsselkorb mit seinen Haltestellen und der „kleine Wallrundweg“ werden durch einen Seitenstich angebunden, der in eine Rotunde mündet, die den Schwerpunkt der Passage bildet.

Für den Einzelhandel werden ca. 2.500 m² Verkaufsfläche in unterschiedlichen Größenordnungen angeboten.

Die Passage wird als hoher Straßenraum vorgeschlagen, der möglichst viel Tageslicht erhält. Als Material wird

Wesersandstein für Wand- und Fußbodenflächen vorgesehen, konstruktive Elemente wie Stützen und Oberlichtkon-

struktion werden als deutliche Stahlelemente in anthrazitmetallfarbener Ausführung dagegensetzt.



Domshof-Passage

Das Bremer Dom-Museum

Hans Henry Lamotte

„Die Stiftung Bremer Dom spricht nicht nur Mitglieder der Domgemeinde an, sondern alle Bürger unserer Stadt. 'Ein Bürger', so sagt die Inschrift am Doventor, 'ist jeder, der seine Vaterstadt liebt', und wer spürt wohl nicht die Liebe in sich schon zu ihrem Mittelpunkt, auf dem sich neben einem der schönsten Rathäuser und neben dem Schütting die Majestät des Domes erhebt.“

(Dr. Albrecht Schackowt)

Alle Plätze gleichen und auch untergeordneteren Ranges verfügen über ein Museum, das die Kirchengeschichte der betreffenden Region bewahrt und vermittelt. Obwohl die Geschichte Bremens - sie beginnt 787 mit Bischof Willehad - eine besondere und übergreifende Bedeutung hat, ist die Einrichtung eines solchen Zentrums versäumt worden. Ungezählte, wertvolle Schätze und Geschichtsdokumente sind auf diese Weise verloren gegangen. Kostbarste Objekte aus Bremen befinden sich heute u. a. in München, Wien, Paris ...

Während der letzten großen Dom-Restaurierung (1972-84) wurden wieder-

um - auf Böden, in Kellern, Türmen - bedeutende Bauelemente und Plastiken gefunden. Den Höhepunkt aber bildeten die Entdeckungen der mittelalterlichen Erzbischofsgräber mit ihren Grabbeigaben. Die dabei geborgenen Gewänder und Pontificalien wurden von der Fachwelt als sensationelle Funde eingestuft. Sie wurden zur Konservierung und Präparation ans Reichsmuseum Stockholm (Abt. Historische Textilien) überführt.

In dieser Lage reifte der Entschluß zum Dom-Museum. Was früher durch Schenkung, Verkauf oder als „Dauer-Leihgabe“ verloren ging, soll jetzt und

zukünftig gesammelt, eingegliedert in den geschichtlichen Zusammenhang und didaktisch vorbildlich geordnet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Hierzu boten sich die mittelalterlichen Räume des ehemaligen Bleikellers und die darüber befindlichen funktionslosen Räumlichkeiten an. Nach der Verlagerung der Bleikammer in die Keller unter dem ehemaligen Kreuzgang im Glocken-Innenhof gaben die alten Gewölbe ihre Geheimnisse preis: Es handelt sich um eine romanische Kapelle aus dem frühen 13. Jahrhundert und um einen gotischen Bibliothekssaal aus dem 15. Jahrhundert. Während der Bauarbeiten konnten die Fundamente

einer Apsis aus der Adalbert-Zeit (11. Jh.) und - eine überraschende Entdeckung - eindrucksvolle Fresken aus dem Anfang des 15. Jahrhundert freigelegt werden. In diesem „Museum im Museum“ sind jetzt frühe Bauelemente, Kapitelle und herausragende Steinreliefs ausgestellt. Die oberen Räume aber bergen heute die inzwischen aus Stockholm zurückgekehrten Textilien in klimatisierten Spezialvitrinen.

Im Jahre 1992 wurde eine Erweiterung und Neuordnung des Dom-Museums unausweichlich. Weitere Objekte und kostbare Dokumente aus Bremens Geschichte sowie der zweite Teil der textilen Grabfunde mußten Aufnahme finden. Dazu stellte die Domgemeinde sich direkt an den Dombau anschließende, neuzeitliche (Görig) Räume zur Verfügung. Für die Gestaltung des besonders geglückten Übergangs vom Alt- zum Neubau ist Herrn Prof. Gerhard Müller-Menckens zu danken, während die Architekten Hübener und Richter das Gesamtprojekt hingebungs- und ver-



Freilegung der gotischen Fresken (1410) im Gewölbe des eh. Bleikellers (jetzt Dom-Museum).

ständnisvoll betreuten. Am 21. Mai 1995 fand im Rahmen einer eindrucksvollen Feierstunde im St. Petri-Dom die Eröffnung des erweiterten und neugestalteten Dom-Museums statt. Damit endet - rechnet man die lange Vorbereitungszeit hinzu - die 1962 begonnene große Dom-Restaurierung.

Durch diese Dom-Restaurierung, so schreibt Prof. Wilhelm Wortmann, sei der Bremer Dom in die Reihe der großen deutschen Dome aufgerückt. Das verpflichtet. Das Dom-Museum aber ist das



Frau Dr. Nockert, Frau Lundwall, Frau Dr. Weibezahn und der Verfasser bei der Konservierungsarbeit an den bremischen Funden aus den bischöflichen Gräbern des St. Petri-Domes. Diese aufwendigen Arbeiten werden ausschließlich durch die Stiftung Bremer Dom finanziert.

Ergebnis einer dieser Verpflichtung entworfenen, beispielhaften Bürgerinitiative. Ein schwerer Vorwurf - jetzt und in der Zukunft - müßte die Verantwortlichen treffen, wenn sie nicht gehandelt hätten. Endlich besitzt nun auch Bremen ein seiner bedeutenden Geschichte („Rom des Nordens“) angemessenes Dom-Museum und darüber hinaus eine der bedeutendsten Sammlungen sakraler Textilien aus dem Mittelalter in Europa.

Das Bremer Dom-Museum ist eine übergemeindliche, überkonfessionelle und überregionale Institution. Es wird getragen durch die Domgemeinde, die Bremische Evangelische Kirche und die Katholischen Gemeinden Bremens. Die Mitträgerschaft durch die Stadtgemeinde Bremen wird angestrebt.

Es ist nachdrücklich zu hoffen, daß durch eine aus solcher gemeinsamen Verantwortung gefundenen Zusammenarbeit das z. Z. noch ungeklärte Verhältnis zum Bremer Landesmuseum/Focke-Museum konstruktiv gestaltet werden kann. Schädliches Konkurrenz- und Besitzstand-Denken muß zugunsten einer guten Museumsarbeit abgebaut werden. Hier wie dort geht es um die Förderung menschlicher Qualitäten und das Ansehen Bremens. Mit anderen Worten: Es geht nicht um unterschiedliche Interessenlagen, sondern um eine gemeinsame Aufgabe. So muß endlich eine Bremer Museumskonzeption erarbeitet werden, welche die Aufgaben definiert und abgrenzt. Das Bremer Dom-Museum für christliche Kunst und bremische Kirchengeschichte ist hier nun einzubeziehen.

Betreiber des Bremer Dom-Museums ist die Stiftung Bremer Dom e.V.. Noch erhält das Bremer Dom-Museum für den laufenden Betrieb keinerlei Zuschüsse. Es ist auf Spenden und Zuwendungen großzügiger Gönner angewiesen. So spricht die Stiftung Bremer Dom auch hiermit alle Bürger unserer Stadt an: Werden Sie Mitglied der Stiftung und unterstützen Sie diese Bremer Bürgerinitiative und das junge, aber bereits finanziell bedrohte Dom-Museum (Stiftung Bremer Dom e.V., Postfach 101223, 28012 Bremen, Tel.: 52 39 0).



Pontifikarstrumpf aus Grab 5 nach in Stockholm abgeschlossener Präparation. Der aus vier verschiedenen gemusterten Seidenstoffen mit goldbroscihten Mustern bestehende Strumpf ist fast vollständig erhalten.

Woltmershausen im Spiegel der Geschichte

Klaus-P. Fischer

Woltmershausen als Stadtteil besteht aus den Ortsteilen Rablinghausen und Woltmershausen.

Woltmershausen als Ortsteil feierte 1994 seinen stolzen 750sten Geburtstag¹. Woltmershausen, besser bekannt unter dem Namen „Pusdorf“, wurde erstmalig 1244 in einer lateinisch verfaßten Urkunde genannt, und zwar als Bezeichnung einer Siedlung mit dem Namen „Woltmereshusen“. Die heutige Schreibweise setzte sich im 16. Jahrhundert durch. Bauern besiedelten dieses Dorf auf der linken Seite der Weser und mühten sich, gegen die stetig wiederkehrenden Überschwemmungen die Sumpflandschaft urbar zu machen.

Nach den Wirren des 30jährigen Krieges wurde 1666 das Dorf Woltmershausen auf Anordnung von Rat und Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen niedergebrannt, um ein freies Schußfeld auf die anrückenden Schweden zu bekommen. Lediglich zwei Höfe in Rablinghausen blieben erhalten.

Bremen verlangte, daß alle Bauern zum Bohnenkamp ziehen müßten, möglichst in die Nähe des entlegenen Kamphofs. Drei Bauern gaben diesem Druck nach, die anderen Bauern bauten ihre Höfe wieder an alter Stelle auf. Im 18. Jahrhundert zählte das Dorf ca. 300 Einwohner.

Der Eintritt in das 19. Jahrhundert brachte für Woltmershausen eine wesentliche

Strukturveränderung. Die Einweihung der Eisenbahnverbindung zwischen Bremen und Oldenburg zog neben Schiffsbauunternehmen weitere Industriezweige an. Der Sicherheitshafen in Woltmershausen wurde aufgewertet. Bis zum Bau der Freihäfen auf der gegenüberliegenden Weserseite befanden sich hier die modernsten Bremer Hafenanlagen.

Das Dorf Woltmershausen wurde zur Arbeiterstadt. Die Zahl der Einwohner stieg 1905 auf 6.600.

Im Jahre 1902 wurde Woltmershausen nach Bremen eingemeindet und erhielt im gleichen Jahr auch seine Selbständigkeit als Kirchengemeinde. Dem Woltmershäuser wurde der Erwerb und die Ablegung des „Staatsbürgereides“ ermöglicht, die bis 1918 die Voraussetzung zur Teilnahme an Wahlen zur Bürgerschaft waren.

Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden bedeutende Industrieanlagen, wie z. B. das Gaswerk (1901), die Tabakfabrik Brinkmann (1911) sowie eine vermehrte Ansiedlung von Holzhändlern im Hohentorshafen. 1994 verzeichnete die Statistik exakt 11.292 Einwohner.

Das Dorf **Rablinghausen** wurde 1250 erstmals erwähnt. 1666 gleichfalls durch den Krieg zerstört, entstand hier in den Jahren 1748-1750 als typisch bremische Saalkirche mit Dachreiter die Kirche Rablinghausen; heute ein wertvolles Baudenkmal.

Im 18. Jahrhundert lebten hier ungefähr 300 Menschen überwiegend von der Landwirtschaft. Die zunehmende Industrialisierung im 19. Jahrhundert konnte die Landwirtschaft nicht im gleichem Maß wie in Woltmershausen zurückdrängen; die Milchviehhaltung war bis nach dem Ersten Weltkrieg von großer Bedeutung.

Von ca. 850 Einwohnern im Jahr 1905 stieg die Bevölkerungszahl 1994 auf rund 3.300, unter denen heute Arbeiter, Angestellte und Handwerker dominieren. 1921 wurde Rablinghausen ein Stadtteil Bremens.

Ein Ort mit geschichtlicher Vergangenheit ist der an der Ochtum gelegene **Warturm**. Warturm leitet seinen Namen von dem früher hier vorhandenen Dorf Ware, das um 1200 zuerst genannt wird, ab. „Ware“ bezeichnete eine Fischereivorrichtung in der hier als Grenzfluß verlaufenden Ochtum. Die Ortschaft hat bis 1400 bestanden und wurde dann wegen unruhiger Zeiten, Fehden, Plünderungen und Überschwemmungen von den Bewohnern verlassen.

Mit dem Warturm verbinden sich Ereignisse, die für Bremen bedeutsam waren. Der Turm selbst, 1309 erbaut, erhielt eine immer größere Bedeutung als Wegsperre zur Stadt, denn er deckte den Wardamm, den Zuweg zur Stadt. 1419 wurde hier bereits eine Zollstelle errichtet; mit den Einnahmen wurde auch der Wardamm unterhalten. 1526 bemächtigte sich der Erzbischof Christian von Am

¹ Anlässlich der 750-Jahr-Feier ist ein historisches Lesebuch herausgebracht worden mit dem Titel „Geschichte(n) hinterm Tunnel“, erschienen im Selbstverlag, erhältlich unter anderem beim Ortsamt Neustadt / Woltmershausen. Die geschichtlichen Daten sind im wesentlichen diesem Geschichtsbuch entnommen.



HOCHTIEF

Aktiengesellschaft · vorm. Gebr. Helfmann

Zweigniederlassung Bremen

Stresemannstraße 60 · 28207 Bremen

Telefon (04 21) 49 98 00 · (04 21) 49 21 13



Am Neuen Schutzdeich

Verden des Turms und brandschatzte von hier aus die ganze Gegend. Da der Turm mit dem zugehörigen Gebäude im Lauf der Zeit zu klein geworden war, wurde 1577 das heute noch bestehende Zollhaus, jetzt „Storchennest“, errichtet. In diesem Gebäude wurde Bremen die Reichsacht erklärt. Bremens Aufbegehren gegen die Entscheidung, Schweden für die Bistümer Bremen, Verden und Oldenburg den Weserzoll zuzusprechen, wurde als Ungehorsam ausgelegt. Am 20. Dezember 1653 erschien der Reichsherold, um die Ächtungsurkunde zu verlesen. Weil er am Betreten der Stadt gehindert worden war, heftete er die Urkunde an den Schlagbaum.

Die Bedeutung des Warturmes nahm nach der Befestigung der Neustadt ab; der Turm wurde 1807 wegen Baufälligkeit abgebrochen. Das „Storchennest“ blieb erhalten und wurde zu einem beliebten Ausflugslokal. Die darin vorhandene „Ehrbare Wirtschaft“ besteht schon seit 1773.

Woltmershausen in der Gegenwart

Die Verkehrsstruktur dieses Stadtteils wird seit Jahren von den Bürgern und der Politik heftig kritisiert. Ein Blick auf den Stadtplan zeigt deutlich, daß Woltmershausen lediglich über zwei Hauptzufahrtsstraßen erschlossen ist, nämlich den Hemenweg über die Senator-Apelt-Straße und direkt von der Neustadt kommend durch den ungeliebten Bahntunnel über die Woltmershauser Straße. Probleme für diesen Stadtteil ergeben sich regelmäßig bei auftretenden Störungen an diesem Kreuzungsbereich. Durch die

Sperrung der Stomer Straße für Lkws ist der Lkw-Schleichverkehr im wesentlichen gestoppt worden. Woltmershausen kann als wichtiger Gewerbestandort bezeichnet werden. Die Entwicklung des Güterverkehrszentrums im Nieder- vieland weist steil nach oben. Das citynahe Gewerbegebiet Reedeich expandiert. Im traditionellen Gewerbebereich Ladestraße / Hohentorshafen sind viele Firmen angesiedelt, die einen wohnortnahen Arbeitsplatz anbieten können. Wenn jedoch die Nähe zwischen Arbeiten und Wohnen so eng ist wie im Bereich der Ladestraße, sind Probleme bereits vorprogrammiert.

Nach dem Verholen des Segelschiffes Deutschland ist sowohl der verwaiste Liegeplatz Am Dreieck, als auch der Hohentorshafen selber ein politischer Tagesordnungspunkt höchster Priorität im Hinblick auf eine Neustrukturierung dieser Bereiche. Der Beirat Woltmershausen hat aus seinen Mitteln die Hochschule Bremen beauftragt, planerische Überlegungen für eine Neugestaltung dieses Bereiches anzustellen. Die Ergebnisse werden in Kürze erwartet.



Segelschulschiff Deutschland „ade“

Wer Bremen als Hafenstadt erleben möchte, kann im Neustädter Hafen einen regen Schiffsverkehr beobachten. Hauptsächlich werden hier Container gelöscht.

Ein großes Interesse von breiten Teilen der Woltmershauser Bevölkerung erfährt das Schicksal der verkauften Liegenschaften des ehemaligen größten Arbeitgebers, der Martin-Brinkmann AG.



Die Rablinghauser Kirche von 1750

Sowohl die Fabrikationsstätte an der Hermann-Ritter-Straße sowie die großflächigen Liegenschaften an der Dötlinger Straße warten auf neue, stadtteilverträgliche Nutzungen. Für diese beiden Bereiche liegen Deputationsbeschlüsse zur Aufstellung von Bebauungsplänen vor.

Woltmershausen zeichnet sich durch große Grün- und Erholungsflächen aus. In diesem Stadtteil sind die Wohngebiete deutlich von den Arbeitsstätten getrennt.

Viele Deiche laden zum Radfahren und Spaziergehen ein.

Zwischen den Deichen erstrecken sich zahlreiche Kleingartenanlagen und bilden einen grünen Gürtel.

Der Weseruferpark nördlich von Rablinghausen stellt eine wichtige öffentliche Grün- und Erholungsfläche dar, deren Ausläufer bis zum Lankenauer Höft reichen. Für viele Ausflügler ist die gleichnamige Gaststätte ein lohnendes Ziel. Von hier aus hat man einen guten Ausblick auf die Weser und den Hafen.

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven und Woltmershausen haben eine enge Verbindung. Am Weserufer in Höhe Rablinghauser Groden wurde die Hansekogge gefunden, die Anlaß zum Bau des Schifffahrtsmuseums war. In ca. 1-2 Jahren soll die Hansekogge ihren feuchten Imprägnierungsstandort verlassen. In Woltmershausen gibt es erste Stimmen, das Schiff aus dem 13. Jahrhundert an seinem Fundort aufzustellen.

Ausblick in die Zukunft

Aufgrund der schlechten Verkehrsinfrastruktur dieser Stadtteile sind verkehrspolitische Themen in ihrer Priorität traditionsgemäß immer hoch angesiedelt. Die nach der Sommerpause 1995 begonnene Diskussion über den Trassenverlauf der neuen Bundesautobahn A 281 als Eckverbindung zwischen der A 1 und der A 27 (Bremer Ring) wird für den Beirat Woltmershausen höchste Priorität besitzen. Der zweite Bauabschnitt der A 281 soll am Hempenweg beginnen und parallel zur Senator-Apelt-Straße in direkter Nachbarschaft zum Wohngebiet Senator-Paulmann-Straße / Warturmer Platz verlaufen. Das Stadtteilparlament hat ein besonderes Augenmerk auf die zu erwartenden hohen Lärmbelastungen für diesen Bereich der Wohnbebauung zu richten. Weiterhin ist die Frage zu prüfen, ob durch den Beginn der A 281 im Bereich Hempenweg eine Stausituation eintritt, die im Zusammenhang mit einem geplanten Rückbau der Senator-Apelt-Straße negative Auswirkungen auf die Erschließungsfunktion des Stadtteils haben kann.

Woltmershausen verfügt nur über unzureichende Erschließungsstraßen. Das gilt im erhöhten Maße für das Gewerbegebiet Ladestraße / Hohentorshafen. Hier sind Modelle zu entwickeln, die eine stärkere Öffnung zur Neustadt vorsehen (z. B. über die Straße Am Deich oder von der Oldenburger Straße in Höhe des Neustädter Bahnhofs).

Mehrfach ist bereits das Stichwort Hohentorshafen gefallen. Die ersten Überlegungen zur Umgestaltung des Hafens, und hier insbesondere des Hafenbeckens, sind weiter fortzuführen. Politik und Verwaltung müssen sich die Frage stellen, ob ein Gebiet in unmittelbarer Citynähe besser genutzt werden sollte. Gleichzeitig sind Modelle zu entwickeln, wie der ehemalige



Kleingartengebiet an der Weser



Entwicklungspotential Hohentorshafen

Liegeplatz des Segelschiffes Deutschland wieder (maritim) genutzt werden kann. Erste Begehrlichkeiten sind bereits von der Presse aufgegriffen worden (Weser-Report, 17. 09. 1995: Neuer Großsegler für Bremen? Umbau



Telefon (04 21) 4 35 66-0
 Telefax (04 21) 4 35 66 22
 Hemelinger Hafendamm 31/33
 28309 Bremen

**+ PEINEMANN
 SOHN** Sanitär Heizung
 Klima Klempnerei
 GmbH + Co. KG Bremen - Bremerhaven - Norderstedt



Storchennest

eines ehemaligen Minensuchbootes in einen Viermast-Schoner!). Der Beirat Woltmershausen wird hier im Rahmen der Bereichsentwicklungsplanung seine Vorstellungen und Ideen einbringen. Das Stadtteilparlament hat für diese Aufgabe einen Planungsausschuß eingerichtet.

Im kulturellen Bereich fordern seit Jahren Politik und Bevölkerung ein Kulturzentrum (Bürgerhaus) für den Stadtteil Woltmershausen. Eine ehemalige Kartoffellagerhalle im Weseruferpark, die vom Katastrophenschutz genutzt wird, könnte der geeignete Ort für das Stadtteilzentrum sein.

Die in Woltmershausen lebenden Menschen fühlen sich in ihrem Stadtteil wohl. Hieraus resultiert insbesondere der Wunsch älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch im Alter in der vertrauten Umgebung selbstbestimmend leben zu können. Woltmershausen kann zur Zeit keine geeignete Einrichtung vorweisen. Pflegebedürftige ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen zum Teil die Stadt Bremen verlassen, um im niedersächsischen Umland eine geeignete Wohn- und Pflegemöglichkeit zu suchen.

Dieser unbefriedigende Zustand wird sich mittelfristig ändern. Aufgrund der großzügigen Schenkung einer Rablinghauser Familie soll ein Seniorenwohnprojekt mit abgestuften Hilfsangeboten und einer neuzeitlichen Konzeption am Bakeweg entstehen.



Bauernhaus am Rablinghauser Deich

Sozialpolitisch ist dieses Projekt für den Beirat Woltmershausen, der sich bereits sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt hat, von hoher Priorität.

Gemeinde Lemwerder Unterwesergemeinde vor den Toren Bremens

Jürgen Werder

Kurzes Statement

Lemwerder ist eine aufwärtsstrebende Kommune, in der man sich rasch einlebt und schnell wohlfühlt und das Einkaufende noch Spaß macht, sofern auf das Großstadtflair verzichtet werden kann. Entspannend wirkt dabei der Blick über den Weserdeich auf den regen Schiffsverkehr.

Räumliche Lage und Erreichbarkeit

Lemwerder liegt im Süden des Landkreises Wesermarsch westlich von Bremen, genauer gesagt gegenüber von Bremen-Nord, einst mit dem Ortsteil Altenesch ein Mittelpunkt im Stedinger Land.

Lemwerder ist von der Fläche her mit 36,38 km² zwar die kleinste Wesermarschgemeinde, verfügt aber über die drittgrößte Bevölkerungsdichte im Kreisgebiet.

Die Bodenverhältnisse werden hauptsächlich durch die Lage im Urstromtal

der Weser und jahrhundertelanger Flußablagerungen bestimmt. Es handelt sich um ein typisches Marschenland, das durch schlickreiche Böden, aber auch durch stetig wechselnde Bodenschichten, so auch tiefgründige Flachmoore gekennzeichnet ist. Die nahezu völlig ebenen Flächen sind dem niedersächsischen Flachland zuzuordnen.

Klimatisch sind zwar die maritimen

Einflüsse bestimmend, es werden aber auch kontinentale Züge wirksam.

Die Gemeinde ist verkehrsmäßig über die Landesstraßen 885 und 875 und die Bundesstraße 212 sowie die Bundesautobahnen A 28 und A 29 an die A 1 („Hansalinie“) angeschlossen.

Über die Schwerlastfähren ist die Verbindung von Bremen-Vegesack gegeben.



Fähre Lemwerder-Vegesack

Mit der Bundesbahn ist Lemwerder vom Bremer Hauptbahnhof aus in Richtung Bremen-Vegesack (die Züge fahren im Halbstundentakt) erreichbar. Die Bundesbahnstrecke von Delmenhorst nach Lemwerder ist zwar für den Personennahverkehr stillgelegt, es verkehrt jedoch noch ein Güterzug für die an der Weser existierenden Betriebe.

Im weiteren besteht eine Busverbindung von Delmenhorst nach Lemwerder.

Der nächstgelegene Flughafen befindet sich in Bremen.

Telefonisch ist Lemwerder der Bremer Vorwahl (04 21) zugeordnet, obgleich Lemwerder verwaltungsmäßig zu Niedersachsen gehört.

Die Postleitzahl für Lemwerder lautet allgemein 27809.

Geschichte

Die erste urkundliche Erwähnung bezieht sich auf das Jahr 1063 n. Chr., als das noch unbesiedelte Gebiet „Aldenabrock“ durch König Heinrich IV. in den Besitz der Kirche übergang.

Mit der Errichtung des Weserdeiches um das Jahr 1100 begann die eigentliche Besiedlung, vorwiegend durch niederländische Einwanderer, des „Landes am Gestade“ - daher der Name Stedingen.

Übermäßige Abgaben („Zehnt“) waren Anlaß zur Fehde mit dem Erzbischof von Bremen und führten zum Freiheitskampf der Stedinger in der „Schlacht bei Altenesch“ am 27. Mai 1234. Dieser Abwehrkampf unter Bolko von Bardenfleth, Thammo von Huntorp und Detmar tom Dieke gegen die übermächtigen Kreuzfahrerheere des Erzbischofs Gerhard II. mit seinen Verbündeten forderte auf beiden Seiten viele Tote; die Stedinger wurden vernichtend geschlagen. Heute erinnert das 600 Jahre nach der Schlacht auf



St.-Veit-Denkmal

dem Veithügel in Altenesch errichtete St.-Veit-Denkmal an den Kampf.

Ein immer wiederkehrender Feind war das Wasser. Über 50 verheerende Sturmfluten haben das Land heimgesucht. So zuletzt bei der Flutkatastrophe von 1962, die in der Folgezeit umfangreiche Hochwasserschutzmaßnahmen auslöste.

Von einer dieser Naturkatastrophen zeugt die 1478 eingerissene „Nobiskuh-

le“ im Ortsteil Braake, die tatsächlich einer Sage nach entstanden sein soll.

Nach dieser Sage hat der Deichschänder Nobis, von Bremen mit einer Kuh und einem roten Rock bestochen, bei extremen Hochwasser einen Anschlag auf den Deich bei Altenesch verübt mit der Folge, daß das Wasser mit ungeheurer Wucht durch den Deich brach. Der ertappte Nobis wurde durch die nachfolgende Spatengerichtsverhandlung in der Weise bestraft, ihn bei lebendigem Leibe



Nobiskuhle

- EINFAMILIENHÄUSER ●
- MEHRFAMILIENHÄUSER ●
- BÜROGEBÄUDE ●
- GEWERBEBAUTEN ●
- GRUNDSTÜCKSHANDEL- U. VERMITTL. ●
- SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN ●
- GRUNDSTÜCKSERSCHLIESSUNGEN ●


BONGARTZ

IMMOBILIEN KG

GmbH & Co.

28195 Bremen, Bürgermeister-Smidt-Straße 78
ISDN 1 65 90-0
Telefax 1 65 90-20

in einer mit Nägeln versehenen Tonne in das Wasserloch zu rollen. In einer Ballade, die sich mit der Sage befaßt, heißt es: „De rode Rock, de bunte Koh, de deckt mi armen Sünnner to!“

Lemwerder hatte bereits im Mittelalter dadurch eine herausragende Bedeutung erlangt, daß es um 1500 Gerichtssitz war.

Auch gab es bereits im Mittelalter eine Fähre zwischen Lemwerder und Vegesack; allerdings wurde durch Vertrag zwischen Oldenburg und Bremen 1576 bestimmt, daß die Bremer die Fähre behalten sollten.

Lemwerder bekam auch die Auswirkungen des 30jährigen Krieges (1618-1648) zu spüren. Am 15.10.1625 legte der Feldherr Ernst von Mansfeld mit 110 Schiffen und 4.500 Mann an und plünderte eine Woche lang alle erreichbaren Häuser.

Eine längere Leidenszeit gab es auch 1806/07 während Napoleons Kontinentalsperre.

1811/12 wurden Straftruppen in die Häuser gelegt, weil sich zum Dienst im französischen Heer gepreßte junge Männer versteckt hielten.

Eines der bedeutsamsten Kapitel der Gemeindegeschichte sind die Grönlandfahrten. Von 1500 bis 1862 stellte Lemwerder den weitaus größten Anteil aller Eismeeremannschaften für den Robben- und Walfang. Die Nachfahren fanden Arbeit in den immer mehr wachsenden Boots- und Schiffswerften am Steding-Deich.

Später siedelten sich die noch heute bedeutsamen Industriebetriebe an. 1936 wurden die Weser-Flugzeugwerke gebaut. Für die damals erforderlichen Spezialisten und Facharbeiter wurde innerhalb eines Jahres eine Siedlung mit 248 Wohnungen in 62 Häusern aus dem Boden gestampft. Die Entwicklung von Flugzeugen und das Einfliegen aller Serienmaschinen machten den Bau einer entsprechenden Start- und Landebahn notwendig.

Die Aufwärtsentwicklung wurde unterbrochen durch den 2. Weltkrieg. Schreckenstage waren der 18.3. und der 8.10.1943, als nach zwei Flugzeugangriffen 52 Todesopfer und umfangreiche materielle Schäden (der Ortsteil Lemwerder-West wurde nahezu vollkommen zerstört) zu beklagen waren.

Die ersten Nachkriegsjahre waren ge-

prägt durch einen starken Vertriebenen-zustrom. Dieser Bevölkerungsteil war wesentlich am Wiederaufbau beteiligt.

Heutige Situation

Die heutige Gemeinde Lemwerder (bis zum 15.11.1972 Gemeinde Altenesch) umfaßt das Gebiet der bis zur oldenburgischen Verwaltungs- und Gebietsreform 1933 selbständig gewesenen Gemeinden Altenesch und Bardewisch, zu denen verschiedene Bauernschaften gehören.

Die amtliche Einwohnerzahl beträgt 7.097 (Stand: 31.12.1994).

Das Wappen der Gemeinde zeigt ein sechsriffiges grünes Steuerrad als Symbol für Schifffahrt, Bootsbau und Weserstrom sowie ein weißes Pferd als Symbol für die Landwirtschaft in der Gemeinde Lemwerder. Das Pferd entspricht dem historisch überlieferten Apfelschimmel „Kranich“ des Oldenburger Grafen Anton Günther, das in Altenesch im ehemaligen Vorwerk Weyhausen gezüchtet wurde.

Gemeinde Lemwerder



Lemwerder vermittelt im Kern einen städtischen Charakter. Von der Struktur her prägen im wesentlichen die großen Industriebetriebe das wirtschaftliche Bild der Gemeinde, das durch großflächige landwirtschaftliche Betriebe abgerundet wird.

Dominierend ist die Viehwirtschaft, da der Marschboden gute Weidemöglichkeiten bietet.

- Mietwohnungen
- Eigentumswohnungen
- Eigenheime
- Eigentumsverwaltung
- Grundstücke
- Projektentwicklung
- Baubetreuung
- Stadterneuerung

GEWOBA
Gesellschaft für
Wohnen und Bauen mbH
Rembertiring 27
28195 Bremen
Telefon 0421/3672-0

Als Grundzentrum nach dem Raumordnungsprogramm eingestuft, verfolgt die Gemeinde, die Entwicklungsaufgaben „Wohnen“ und „Gewerbliche Wirtschaft“ zu entwickeln.

Neben den drei weltbekannten Großbetrieben, dem Aircraft Service Center für die Flugzeugwartung (bekannt geworden durch den Arbeitskampf von Oktober 1993 bis September 1994 und durch die örtlichen und überörtlichen Anstrengungen, das Werk zu erhalten) sowie die Werft Abeking & Rasmussen und die Lürssen-Werft für den Spezialschiffbau, mit über 2.000 Industriearbeitsplätzen haben sich zahlreiche Mittelstandsbetriebe etabliert, die eine gute Versorgung der Gemeinde und des Umlandes sicherstellen. Zudem trägt die neue Ausweisung von Gewerbegebieten zur Weiterentwicklung des Ortes bei. Innovative Ideen führten zur Realisierung der Fertigung von Rotorblättern für Windkraftanlagen.

Die Einwohnerzahl erfährt auch stetige Veränderungen durch zunehmenden Wohnungsbau. Die Besiedlung konzentriert sich auf den nordöstlichen Teil der Gemeinde. Neu aufgestellte Bebauungspläne für Wohnbaugebiete bilden die Grundlage, den Traum vom eigenen Heim zu erfüllen.

Lemwerder fällt durch vielfältige kommunale Infrastruktur auf. Zahlreiche öffentliche Einrichtungen vermitteln die gute Infrastruktur in sozialer und kultureller Hinsicht. Zwei Kindergärten, drei Spielkreise und ein Kinderhort legen den Grundstein für die inzwischen durch Gesetz auferlegte Pflichtversorgung mit Kindertagesstättenplätzen.

Freizeit und Kultur

Lemwerder ist zu Lande, zu Wasser und aus der Luft (und mit der Bahn), wie oben beschrieben, erreichbar. In gleicher Weise sind vielfältige Freizeitangebote möglich. Im Sport- und Freizeitzentrum stehen etliche Sportstätten, wie Turnhallen, Kleinschwimmhalle, Tennishalle und Rasenplatz zur Verfügung. Im weiteren bestehen Wassersportmöglichkeiten an der Weser und an der Ochtum sowie Segelflugsport.

Eine Sporthalle, die vom Schul- und Vereinssport genutzt wird, kann für kulturelle Veranstaltungen umfunktioniert werden.

Neben der großen Angebotspalette der Lemwerderaner Vereine bietet die zen-



Ernst-Rodiek-Halle

tral gelegene Begegnungsstätte vielfältige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und zu kulturellen Aktivitäten. Insbesondere findet das von der Begegnungsstätte initiierte und alljährlich am dritten Wochenende im August auf dem Ritzenbütteler Sand stattfindende Drachenfest wachsende Beliebtheit.

Auf der Bundesbahnstrecke Delmenhorst / Lemwerder werden aus Richtung Harpstedt Ausflugsfahrten mit der Kleinbahn „Jan Harpstedt“ zu bestimmten Terminen angeboten.

Leseratten haben in der Gemeindebücherei (ca. 10.000 Bände) und in der Bücherei der Kath. Kirchengemeinde eine reichhaltige Auswahl.

Lemwerder ist zwar keine Tourismusgemeinde, dennoch präsentieren sich als historische Sehenswürdigkeiten besonders die vorhandenen Kirchenbauten: „Heilig-Kreuz-Kirche“ im Ortsteil Bardevisch (1245), „St.-Marien-Kapelle“ im Ortsteil Lemwerder (um 1280) und „St.-

Gallus-Kirche“ im Ortsteil Süderbrook (1299) sowie die „Heilig-Geist-Kirche“ im Ortsteil Lemwerder (1958).

Interessant sind auch folgende Bauwerke: Die im Mittelalter erbaute und 1986 sanierte Ollenbrücke im Ortsteil Bardevisch; das maritime Wahrzeichen, der „Schwarze Leuchtturm“ in Lemwerder, der 1898 erbaut wurde und bis 1980 für einen sicheren Schifffahrtsweg auf der Weser sorgte; und das 1976 fertiggestellte Ochtum-Sperrwerk.

Ausblick

Die Gemeinde Lemwerder ist bestrebt, ständig die Lebensqualität zu verbessern, so z. B. durch die vorgesehene Einrichtung „Betreutes Wohnen im Alter“ und weiterhin durch das Angebot verhältnismäßig günstiger Baugrundstücke. Außerdem tragen u. a. jährlich stattfindende Bürgeraktionen („Baumpflanzen“ und „Sauberes Lemwerder“) zur Verschönerung des Ortsbildes bei.



Ochtum-Sperrwerk

HK **KISTNER** **BAUGESELLSCHAFT**

*Kompetenz
baut auf.*

H. F. Kistner Baugesellschaft mbH · 27576 Bremerhaven
Hafenstraße 56-60 · Tel.: 489-0 · Fax: 489-332

IMPRESSUM

Der Aufbau

Zeitschrift der Aufbaugemeinschaft
Bremen, e.V.,
Gerhard-Iversen-Hof 1,
28195 Bremen, Tel. (04 21) 32 41 90

Herausgeber und Anzeigenverwaltung

Verlag Der Wiederaufbau
28195 Bremen, Gerhard-Iversen-Hof 1

Verantwortlich: Dr. Jann Lüning

Redaktion: Hans Budde

Der Wiederaufbau

Registergericht Bremen, HRA 18 551,
Gerhard-Iversen-Hof 1,
28195 Bremen, Tel. (04 21) 32 41 90.

Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Zum Abdruck angenommene Beiträge unterliegen der freien Verfügung des Herausgebers, wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart. Die mit vollem Namen oder mit den Initialen gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Nachdruck, auch auszugsweise, einschließlich des Rechts der Übersetzung in fremde Sprachen und der fotomechanischen Wiedergabe oder einer sonstigen Vervielfältigung, auch in Mikroform, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gerichtsstand ist Bremen.

Jahresbeitrag: DM 20,- inkl. 7% Mehrwertsteuer, Einzelstück DM 10,- inkl. 7% Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten. Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn bis zum 1. Dezember des laufenden Jahres keine Abbestellung erfolgt ist.

Satz + Druck: Moritz Deter,
Druckerei und Verlag GmbH
Schragestraße 13,
28239 Bremen,
Telefon (04 21) 64 50 47-48
Fax (04 21) 64 75 30

Wer klasse bauspart, kann auch klasse renovieren.



Ein Bausparvertrag der Deutsche Bank Bauspar AG bietet Ihnen wichtige Vorteile. So kann aus Ihrem Haus oder Ihrer Wohnung ein richtiges Schmuckstück werden.

■ Reden wir darüber.

Deutsche Bank-Bausparen
plus Kundenvorteile mit
Just in time
Garantie

Deutsche Bank



Bremen, Filialen in allen Stadtteilen

Wir sind Problemlöser in allen Fragen des Stahlbaues

Betrieb mit Befähigung nach DIN 18 800 und DIN 15 018, „Großer Schweißnachweis“



Wir fertigen und montieren:

Stahlskelettbauten, Kran- und Transportanlagen, Behälter und Silos, Dachkonstruktionen, Rohr- und Förderbrücken, Industriehallen, Schweiß- und Montagearbeiten



Technologie
für starke Ideen

Friedrich Freter

Stahlbau

28217 Bremen · Cuxhavener Straße 41
Telefon (04 21) 39 50 20

KOOPMANN

Jindelt

HEIZOEL-HANDEL UND SPEDITION GMBH

Martinstraße 27 · 28195 Bremen
Telefon (04 21) 32 00 77 · Telefax (04 21) 32 56 76

In dringenden Fällen auch außerhalb der
Geschäftszeiten erreichbar unter Telefon 25 50 40

Heizöl

- rund um die Uhr
- natürlich mit dem dazugehörigen Service:
Brenner-Dienst
Tankreinigung
Tankgewässer-Haftpflicht-Versicherung
- selbstverständlich marktgerechte Preise